

Beschlussprotokoll der 1. ordentlichen BV-Sitzung im SoSe 2025 am 14.03.2025 in Wien

Beginn: 14:05 Uhr

[Alle Antragstexte und alle Wortprotokollierungen werden inklusive orthographischer und grammatikalischer Fehler wiedergegeben. Bei Wiederholungen von Abstimmungen wird das endgültige Ergebnis in fett gedruckt unter dem entsprechenden Antrag protokolliert. Die Anträge werden in Reihenfolge der Abstimmungen im Protokoll wiedergegeben. Sitzungsunterbrechungen ohne angegebene Antragsteller_innen sind der Sitzungsleitung zuzuordnen.]

TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Anwesenheit der Mitglieder

Ww Gr.	Mandatar_in	Stimmübertragungen
VSStÖ	Nina Mathies /E: Jasmin Kunze	
	Hannah Czernohorsky /E: Selina Wienerroither	
	Hannah Müllner /E: Marie Pointner	StÜ: Felix Gosch
	Miriam Amann /E: Emma Leitner	StÜ: Jasmin Kunze
	Eve Losbichler /E: Melanie Linschinger	StÜ: Maximilian Rosenberger
	Rosa Tauber /E: Elisabeth Hinterhölzl	StÜ: Simone Hartl
	Cedric Keller /E: Marie Stenitzer	
	Milena Ramsauer /E: Leonie Buxbaum	StÜ: Katrin Aflenzer
	Ines Mostböck /E: Samuel Hafner	
	Paul Kous /E: Oskar Miksch	StÜ: Kash Vallaster
	Yannik Schmidt /E: Marei Weitzer	StÜ: Valentina Simschitz
	Tobias Köhle /E:	StÜ: Vincent Gogala
	Sarah Podratzky /E: Luisa Kaiser	StÜ: Marie Stenitzer
	Umut Can Ovat /E: Alice Schwarz	StÜ: Maximilian Rosenberger
	Peter Graser /E: Rebekka Arnhold	StÜ: Felix Gosch
AG	Cara Übl /E: Phillip Alexander Hengl	
	Maximilian Veichtlbauer /E: Sascha Bauer	

	Christoph Pail /E: Franz Anders	
	Krisztina Kamensky /E: Jennifer Warisch	
	Stefan Zeiringer /E: Valerie Sixtl	
	Emre Akalin /E: Philip Zörner	StÜ: Gerrit Tomaschitz
	Lejla Bibic /E: Daniel Müller	
	Florentin Heim /E:	
	Christina Seiringer /E: Magdalena Beer	StÜ: Viktoria Feichtinger
	Benjamin Frormann /E: Thomas Hobik	StÜ: Laurin Weninger
	Gloria Grubmüller /E:	StÜ: Sören Gerrelts
	David Kloiber /E: Jakob Grill	
GRAS	Sarah Rossmann /E: Viktoria Wimmer	
	Eluisa Kainz /E: Maria Yoveska	
	Franziska Knogler /E: Elsa Eder	StÜ: Viktoria Kudrna
	Laura Reppmann /E: Manuel Götzendorfer	StÜ: Annika Hartmann
	Sophia Polzer /E: Ida Belaga	StÜ: Hanna Wachtveitl
	Elisabeth Hammer /E: Hanna Wachtveitl	
	Sophia Neßler /E: Paul Benteler	
	Laura Ozlberger /E: Chiara Kohlhofer	StÜ: Moritz Zoller
	Antonia Riegler /E: Felix Penzenstadler	StÜ: Ida Belaga
	Ralph Eichhübl /E: Simon Proll	
	Marcel Bader /E: Viktoria Kudrna	StÜ: Claudia Wolfert
JUNOS	Lukas Schobesberger /E:	StÜ: Manuel Grubmüller
	Viktoria Marik /E: Simon Kern	
	Fabian Haslwanter /E: Manuel Grubmüller	StÜ: Kathrin Kaindl
	Michael Pucher /E: Florian Gollner-Stramsak	StÜ: Jorga Vahlhaus
	Sarah Sinkovits /E: Alina Schlenz	
FLÖ	Michael Pinter /E: Godwin Biziyaremye	
	Boryana Badinska /E: David Mooslechner	

	Martin Heider /E: Alexander Zauner	
	Tanja Steger /E: Paul Koo	
KSV-LiLi	Simon Neuhold /E:	
	Alexandra Budanov /E: Kristina Dertnig	
	Maximilian Maydl /E:	
KSV-KJÖ	Lukas Pflanzler /E: Marcelo Gauster	
	Lucy Burgstaller /E: Ramona Fürpaß	
HERBERT	Julian Gredinger /E: Magdalena Wanderer	
	Julian Samohel /E:	
RFS	David Zimmerbauer /E:	

54 Mandatar_innen anwesend, Beschlussfähigkeit ist gegeben

Referat	Referent_in
für wirtsch. Angelegenheiten	Maximilian Rosenberger
Stv. für wirtsch. Angelegenheiten	Marcel Bader
Interim. für Sozialpolitik	Lina Feurstein
für Bildungspolitik	Antonia Riegler
für Öffentlichkeitsarbeit	Samuel Hafner
für Internat. Angelegenheiten	Franziska Knogler
für ausländische Studierende	Hennessey Chiemezie
für feministische Politik	Yori Kern
für Antifaschistische Ges.Pol. und Menschenrechte	Lola Fürst
für Pädagogische Angelegenheiten	Tamara Schulz
für Fachhochschulangelegenheiten	Julia Hofer
für Studien- und Maturant_innenberatung	Helin Havutcu
für Barrierefreiheit	Verena Gartner
Queer-Referat	Manuel Götzendorfer
Interim. Ref. für Umwelt- und Klimapolitik	Viktoria Kudrna

Weiters anwesend sind: **Krisztina Kamensky** (2. stv. Vorsitzende HV KPH Wien-Krems), **Sandra Winkler** (Vorsitzende HV Fachhochschule Kufstein Tirol), **Martin Heider** (Vorsitzender HV TU Graz), **Eve Losbichler** (1. stv. Vorsitzende HV TU Graz), **Alexander Zauner** (2. stv. Vorsitzender HV TU Graz), **Cedric Keller** (Vorsitzender HV Universität Salzburg), **Philip Zörner** (1. stv. Vorsitzender HV Universität Graz), **Vincent Gogala** (1. stv. Vorsitzender HV Universität Innsbruck), **Jack Dauner** (Vorsitzender HV Joseph

Haydn PU), **Alexandra Budanov** (1. stv. Vorsitzende HV Universität Wien), **Ertuğrul Bayraktar** (1. stv. Vorsitzender ÖH Akademie der bildenden Künste Wien), **Sophia Neßler** (Vorsitzende HV Universität Innsbruck), **Paul Koo** (Vorsitzender HV TU Wien),

14:14 Sarah Sinkovits (JUNOS) ernennt Markus Lieder (JUNOS) als Ständigen Ersatz, überträgt die Stimme an Simon Kern (JUNOS) und meldet sich ab. Simon Kern (JUNOS) meldet sich an.

Die Genderstatistik der letzten Sitzung wird verlesen. 43 Wortmeldungen von FLINTA*-Personen und 87 Wortmeldungen von Personen auf der offenen Liste wurden gezählt.

TOP 2 – Genehmigung der Tagesordnung

Sarah Rossmann stellt den Antrag 1

Antrag 1 – Sarah Rossmann (Vorsitz)

Betr.: Genehmigung der Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit der Mitglieder sowie der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung von Beschlussprotokollen
4. Anträge im allgemeinen Interesse der Studierenden
5. Berichte der Ausschussvorsitzenden
6. Dritte Änderung des JVA 2024/25
7. Beschluss über den Jahresabschluss
8. Berichte der Referent_innen
9. Anfragen an die Referent_innen
10. Bericht der Vorsitzenden oder ihrer Stellvertreter_innen
11. Anfragen an die Vorsitzende oder ihre Stellvertreter_innen
12. Allfälliges

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

TOP 3 – Genehmigung von Beschlussprotokollen

Sarah Rossmann stellt den Antrag 2

Antrag 2 – Sarah Rossmann (Vorsitz)

Betr.: Genehmigung des Protokolls der 2.ordentlichen BV-Sitzung im Wintersemester 2024/25 vom 13.12.2024

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

TOP 4 – Anträge im allgemeinen Interesse der Studierenden

Selina Wienerroither stellt den Antrag 3.

Paul Koo stimmt dem Antrag zu, aber kritisiert das Konzept „Ein flexibles Studium für alle“, weil er in diesem keine Weiterentwicklung des Teilzeitstudiums sehe.

Krisztina Kamensky stellt den Zusatzantrag 4.

Selina Wienerroither betont, dass das Konzept „Ein flexibles Studium für alle“ sehr wohl eine Weiterentwicklung des Teilzeitstudiums darstelle, weil ansonsten befürchtet wird, dass es Abstriche bei den Beihilfen oder Steigerung des Wochenaufwands geben könnte.

Manuel Grubmüller begrüßt es, dass das Thema Arbeiten und Studieren thematisiert wird, aber wird dem Hauptantrag nicht zustimmen. Den Zusatzantrag findet er unterstützenswert.

Nina Mathies ergänzt, dass von FLÖ und JUNOS bis dato kein Konzept auf den Tisch gelegt wurde und unterstreicht, dass Weiterentwicklung bedeutet, dass die Ursprungsforderung nicht mehr enthalten ist. Den Zusatzantrag lehne sie ab, weil sie kein Volksbegehren von einer einzelnen Fraktion der Bundesvertretung als ÖH unterstützen will.

Stefan Zeiringer fände es wichtig, dass gute Inhalte in einem Volksbegehren als ÖH unterstützt werden, egal von wem es initiiert wurde.

Antrag 3 – Selina Wienerroither (VSSStÖ, gemeinsam mit GRAS und KSV-Lili)

Betr.: Arbeit und Studium endlich vereinbar machen

7 von 10 Studierenden gehen neben dem Studium arbeiten. Der Hauptgrund hierfür ist, dass sie sich das Studium sonst nicht leisten könnten. Die steigenden Lebenshaltungskosten wirken sich direkt auf den Studienerfolg aus. Um Studierende finanziell zu entlasten, ist eine Erhöhung der Studienbeihilfe dringend notwendig. Dennoch benötigen arbeitende Studierende bereits jetzt Abhilfe, insbesondere jene, die aus finanziellen Gründen oder als Teil ihres Studiums arbeiten müssen.

Die ÖH hat in diesem Jahr das Konzept „Ein flexibles Studium für alle - Weiterentwicklungen zur Grundidee des Teilzeitstudiums“ ausgearbeitet und somit eine Grundlage zur Verbesserung der Vereinbarkeit geschaffen. Die neue Bundesregierung, die im Wissenschaftsteil ihres Regierungsprogramms bereits ankündigte, diese Vereinbarkeit von Arbeit und Studium zu unterstützen, muss die ÖH als Expertin und Sprachrohr der Studierenden aktiv in diesen Prozess einbinden.

Arbeitende Studierende benötigen längere Studiendauer, weshalb es sinnvoll ist, ihnen rechtlich eine höhere Anzahl an Toleranzsemestern zu gewähren, um weiterhin Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können. Die Studierendensozialerhebung zeigt, dass der Studienerfolg ab 9 Stunden Arbeitszeit pro Woche nachweislich sinkt. Deshalb sollte spätestens ab diesem Arbeitsausmaß eine Regelung für mehr Toleranzsemester greifen. Bei einer Arbeitszeit von 18 Stunden pro Woche sollen Studierende zwei Toleranzsemester pro Jahr erhalten.

Darüber hinaus ist das derzeitige Modell der Studienbeihilfe nach Selbsterhalt nicht mehr zeitgemäß. Viele Studierende sammeln während ihres Studiums die erforderliche Arbeitszeit für dieses Stipendium, jedoch sind die aktuellen Nachweisanforderungen von 4 Jahren und 11.000 Euro pro Jahr zu hoch. Der Einkommensnachweis sollte an die realen Verhältnisse Studierender angepasst und die erforderliche Dauer des Selbsterhalts auf drei Jahre verkürzt werden.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft tritt in Gespräche mit den zuständigen Ministerien und anderen relevanten Stakeholder_innen, um die Schaffung einer besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Studium mitzugestalten. Hierbei soll das Konzept „Ein flexibles Studium für alle - Weiterentwicklungen zur Grundidee des Teilzeitstudiums“ als Grundlage dienen.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich für einen erleichterten Zugang zum Selbsterhalter_innenstipendium ein, der den Lebensrealitäten von Studierenden besser entspricht. Dazu sollen folgende gesetzliche Änderungen vorgenommen werden:
 - Änderung von § 31 Abs. 2 StudFG: Selbsterhalt liegt vor, wenn sich Studierende vor der Zuerkennung einer Studienbeihilfe nach Selbsterhalt durch Einkünfte mindestens drei Jahre zur Gänze selbst erhalten haben und das jährliche Einkommen während dieser Zeit mindestens 9.000 Euro erreicht hat.
 - Änderung von § 6 Abs. 4 lit. a StudFG: Für Selbsterhalter soll die Anspruchsdauer um ein weiteres Jahr für jedes volle Jahr, in dem sie sich länger als drei Jahre zur Gänze selbst erhalten haben, verlängert werden, jedoch maximal um insgesamt fünf Jahre.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich für zusätzliche Toleranzsemester, angepasst an das Arbeitsausmaß, für berufstätige Studierende ein. Dies soll folgendermaßen geregelt werden:
 - Studierende, die in einem Jahr mindestens 9 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten ein Toleranzsemester pro Jahr.
 - Studierende, die in einem Jahr mindestens 18 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten zwei Toleranzsemester pro Jahr.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich intern mit der Erweiterung ihres Angebots an arbeitsrechtlicher Beratung auseinander. Dabei sollen auch externe Expert_innen (z. B. Arbeiterkammer oder Gewerkschaften) hinzugezogen werden.

42 Pro

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag 4 = Zusatzantrag – Krisztina Kamensky (AG)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 3 „Arbeit und Studium endlich vereinbar machen“

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge beschließen:

- Dass die Bundes-ÖH das Volksbegehren „Studium & Job – Na und ob“ aktiv bewerben soll und zur Unterstützung aufrufen soll.

Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe für den Zusatzantrag gestimmt, weil ich glaube, dass ein Volksbegehren auch wirklich politisch noch einmal was bewegt und ein klarer Punkt ist, wie man auch die Regierung und auch die Politik in Österreich erreichen kann und ihnen auch zeigt, dass wir wirklich sinnvolle Punkte ausgearbeitet haben, deswegen finde ich es sehr schade, dass er abgelehnt wurde.

Stefan Zeiringer (AG): Ich habe für diesen Zusatzantrag gestimmt, weil ich als berufstätiger Student oder ja stimme, der Meinung bin, dass mir dieses Volksbegehren enorm viel helfen würde und deshalb hoffe ich auch, dass wenn ihr schon nicht für das Volksbegehren stimmt, es zumindest unterschreibt und deshalb, weil ich für dieses Volksbegehren bin, habe ich auch für diesen Antrag gestimmt. Danke.

Umut Ovat stellt den Antrag 5.

14:42 Marcel Bader (GRAS) überträgt die Stimme an Manuel Götzendorfer (GRAS) und meldet sich ab. Manuel Götzendorfer (GRAS) meldet sich an.

14:43 Boryana Badinska (FLÖ) meldet sich ab. David Mooslechner (FLÖ) meldet sich an.

Maximilian Veichtlbauer findet den Antrag unterstützenswert, weil er als Studierender der Universität für Weiterbildung Krems für lebenslanges Lernen ist, aber kritisiert die UG-Novelle der vergangenen Regierung, durch welche man kein Masterstudium mehr ohne ein abgeschlossenes Bachelor-Studium machen kann.

David Mooslechner bittet, sich als ÖH für die Schließung von Lücken einzusetzen, die durch die Abschaffung der Bildungskarenz geschaffen werden und weist darauf hin, dass es für Doktoratsstudierende oftmals ein Modell war, zum Schreiben der Dissertation Bildungskarenz anzumelden.

14:46 Jasmin Kunze (VSStÖ) meldet sich ab. Miriam Amann (VSStÖ) meldet sich an.

Manuel Grubmüller ist skeptisch, einen Rechtsanspruch zu fordern für eine Thematik, die sich derzeit noch in Überarbeitung befindet.

Antrag 5 – Umut Ovat (VSStÖ, gemeinsam mit GRAS und KSV-Lili)

Betr.: Bildungskarenz

Die ÖH vertritt alle Studierenden, egal ob sie direkt nach der Matura zu studieren beginnen oder durch die Bildungskarenz in den späteren Genuss einer Hochschulbildung kommen. Es ist daher die Pflicht der ÖH, sich zu geplanten Änderungen der Bildungskarenz zu äußern. Die (Fort-)Bildung muss im Sinne jeder einzelnen Person und der Gesamtgesellschaft sein. Daher sind Maßnahmen, die den Zugang zur Bildung beschränken, jedenfalls kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen.

Die Bildungskarenz ermöglicht es, sich beruflich neu zu orientieren und die eigenen Qualifikationen auszubauen. In einer schnelllebigen Zeit, in der flexible Berufsorientierung und -entwicklung eine hohe Bedeutung haben, bietet die Bildungskarenz eine essenzielle Möglichkeit zur Weiterbildung. Während sich ein hoher formaler Bildungsgrad nachweislich positiv auf die Gesamtgesellschaft und die Wirtschaft auswirkt, wird dennoch die Streichung der Bildungskarenz diskutiert und somit ein bewährter Zugang zur Bildung infrage gestellt.

Häufig wird vorgebracht, dass die Bildungskarenz zweckentfremdet werde, etwa zur Bewältigung anderer Missstände wie fehlender Burnout-Prävention oder mangelhafter Kinderbetreuung. Doch anstatt diese Probleme zu lösen, wird die Bildungskarenz als vermeintliches Instrument dieser Missstände herangezogen. Besonders in den letzten Wochen wurde die gänzliche Streichung der Bildungskarenz diskutiert und beinahe zur bitteren Realität. Der Zugang zur Bildung darf jedoch nicht darunter leiden, weil die Bildungskarenz vermeintlich wegen anderer gesellschaftlicher Herausforderungen zweckentfremdet wird.

Der Zugang zur Bildung darf Arbeitenden nicht pauschal verwehrt werden, nur weil die aktuelle Regelung nicht optimal ist! Deshalb fordert die ÖH eine aktive Mitgestaltung bei der Neugestaltung der Bildungskarenz.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich im Dialog mit politischen Verantwortungsträger_innen für die Neugestaltung der Bildungskarenz ein. Ziel der Österreichischen Hochschüler_innenschaft ist, dass Arbeitenden weiterhin ein vergleichbarer Zugang zur hochschulischen (Weiter-)bildung finanziell und rechtlich gewährleistet wird.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert die Implementierung eines Rechtsanspruchs auf Inanspruchnahme dieser neuen Form der Bildungskarenz.

o Contra 6 Enthaltungen

Antrag mehrheitlich angenommen

Valentina Simschitz stellt den Antrag 6.

14:52 Simon Kern (JUNOS) meldet sich ab. Markus Lieder (JUNOS) meldet sich an.

14:53 Manuel Götzendorfer (GRAS) meldet sich ab. Marcel Bader (GRAS) meldet sich an.

Stefan Zeiringer will wissen, wie die ÖH mit der EU kommunizieren will.

Jack Dauner unterstützt den Antrag und weist darauf hin, dass es auf der Welt viele Länder mit Krieg gibt und bittet, ihn auf alle Studierenden mit Kriegserfahrungen auszuweiten.

Manuel Grubmüller findet den Antrag grundsätzlich unterstützenswert, aber stößt sich am ersten Beschlusspunkt, weil damit das allgemeinpolitische Mandat verwendet wird.

Nina Mathies repliziert auf Jack Dauner, dass dieser Antrag explizit um ukrainische Studierende geht, weil Rechtsgrundlagen für diese derzeit auslaufen und darauf hingewiesen werden soll. Auch wenn im Antrag andere Länder nicht erwähnt werden, würde sich die ÖH für alle anderen Studierenden mit Kriegserfahrungen ebenfalls einsetzen.

14:57 David Kloiber (AG) überträgt die Stimme an Philip Zörner (AG) und meldet sich ab. Philip Zörner (AG) meldet sich an.

Antrag 6 – Valentina Simschitz (VSStÖ, gemeinsam mit GRAS und KSV-Lili)

Betr.: Langfristige Lösungen für Ukrainer_innen

Drei Jahre nach dem Beginn des brutalen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine ist noch immer kein Ende in Sicht. Der US-amerikanische Präsident Trump liebäugelt mit Putin und bringt damit die Sicherheit des europäischen Kontinents in Gefahr. Die aktuellen Pläne, die Präsident Trump vorschlägt, verletzen die Souveränität der Ukraine und schaden Europas Friedens- und Sicherheitspolitik. Währenddessen kämpft die ukrainische Bevölkerung mit schwindenden Ressourcen in einem harten Winter.

Viele Menschen haben versucht, in Österreich Schutz zu finden, doch das Leben hier wird ihnen schwer gemacht: Viele der rund 77.000 Geflüchteten leben in prekären Lebenssituationen und sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Vor allem junge Menschen, die aufgrund des Krieges ihr ganzes Leben sowie ihre Ausbildung hinter sich lassen mussten, versuchen nun, ihren Alltag in Österreich zu bewältigen. Mit dem Auslaufen der Familienbeihilfe und der gesetzlichen Krankenversicherung Anfang März 2025 entstand eine akute Unsicherheit für viele in Österreich lebende Ukrainer_innen. Am 7. März 2025 wurden die Familienbeihilfe bis 31. Oktober 2025 und die Krankenversicherung bis 31. Mai 2025 verlängert.

Die Notwendigkeit dieser Verlängerung wurde unter anderem vom Verein "Steiermark hilft" sowie weiteren gemeinnützigen Organisationen betont. In einem offenen Brief an alle Parteien Anfang Februar 2025 wiesen sie darauf hin, dass der Wegfall dieser Unterstützung gravierende Folgen hätte: Für die jetzt rund 30.000 betroffenen Ukrainer_innen bedeutet „dies den Wegfall eines erheblichen Beitrages zur Entlastung in Bezug auf die Kosten für Ernährung, Bekleidung, Unterbringung, Ausbildung und Erziehung der Kinder.“

Zeitgleich bleibt die geopolitische Lage weiterhin angespannt, insbesondere durch die aggressive Dominanzpolitik des amerikanischen Präsidenten Trump. Seine unberechenbare Haltung gegenüber der Ukraine, einschließlich der vorübergehenden Blockade von US-Militärhilfen, hat die Unsicherheiten für Betroffene weiter verschärft. Zudem ist die Verhandlungsbereitschaft über eine mögliche Waffenruhe des russischen Präsidenten Putin noch fraglich.

Diese Unsicherheit betrifft auch ukrainische Studierende, die nun an unseren Hochschulen studieren. Sie sind keine Zahl: Es sind Mitstudierende, die neben uns im Hörsaal sitzen, unsere Freund_innen, mit denen wir nach dem Seminar einen Spritzer trinken gehen oder in der Prüfungsphase gemeinsam lernen.

Genau jene Menschen, die trotz russischer Aggression sowie Bürokratie ihren Alltag bewältigen und sich ein Leben in Österreich aufgebaut haben. Sie sind momentan von Studiengebühren befreit, jedoch läuft auch diese Befreiung im Februar 2026 aus. Um allen ukrainischen Studierenden einen Abschluss ihrer begonnenen Studien zu ermöglichen, muss diese Studienbeitragsbefreiung unbedingt verlängert werden.

Neben den kurzfristigen beschlossenen Verlängerungen der Familienbeihilfe und Krankenversicherung ist es erforderlich, eine langfristige Lösung für die soziale Absicherung aller Ukrainer_innen in Österreich zu erarbeiten.

Umso wichtiger ist es nun, dass unsere Solidarität und Unterstützung nicht aufhören. Die ÖH als wichtigste Interessenvertretung aller Studierenden in Österreich ist gefordert, auch für vulnerable Gruppen, wie eben jene geflüchteten Ukrainer_innen, einzutreten. Denn auch wenn die weltpolitische Lage pessimistisch scheint, bleiben wir in unserem Handlungsbereich weiter proaktiv und lassen unsere Mitstudierenden sowie alle Betroffenen nicht im Stich.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft lehnt jegliche Friedensverhandlungen, die den Ukraine-Krieg betreffen, ab, wenn diese ohne Einbindung der Ukraine stattfinden. Die Europäische Union soll hierbei aktiv Friedenspolitik betreiben und sich versuchen, friedenssichernd in die Verhandlungen einzubringen.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert die Bundesregierung dazu auf, entsprechende Schritte zu setzen, um den Anspruch auf Familienbeihilfe sowie weitere finanzielle Förderungen für Ukrainer_innen in Österreich bis mindestens Ende 2027 zu verlängern.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert die Verlängerung der Studienbeitragsbefreiung und des Ernst-Mach-Stipendiums für ukrainische Studierende bis mindestens Ende 2027. Zusätzlich soll das Stipendium für alle aus der Ukraine geflohenen Studierenden wieder zugänglich gemacht werden.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Alexandra Budanov (KSV-Lili): Ich habe für diesen Antrag gestimmt und möchte mich auch für diesen unglaublich wichtigen Antrag bedanken, weil es klar ist, dass es Frieden mit Faschisten und Imperialisten wie Putin und Trump nicht geben kann. Antifaschismus muss deshalb heißen, Solidarität zu zeigen mit der ukrainischen Bevölkerung, Zivilbevölkerung und denjenigen, die vom russischen Angriffskrieg nach Österreich fliehen mussten.

Maximilian Veichtlbauer (AG): Ich habe mich bei dem Antrag enthalten, obwohl ich ihm persönlich vollinhaltlich zustimme, ich aber nicht der Meinung bin, dass der erste Beschlusspunkt Aufgabe der ÖH sein sollte, uns darüber zu äußern, wie gesagt ich stimme persönlich inhaltlich absolut zu, aber ich glaube die BV ist das falsche Gremium, um das so zu beschließen.

Manuel Grubmüller (JUNOS): Ich habe mich enthalten, weil ich eben wie gesagt die restlichen Beschlusspunkte und auch den Antragstext sehr gut finde, nur der erste Forderungspunkt wie gesagt oder wie mein Vorredner gesagt hat, eigentlich nichts mit der ÖH zu tun hat und dementsprechend auch nicht in diesem Antrag drinnen sein sollte aus meiner Sicht.

Viktoria Kudrna stellt den Antrag 7.

Paul Koo begrüßt den Antrag grundsätzlich, aber findet den letzten Beschlusspunkt zahnlos, weil die Curricula in die Kompetenz der Senate fällt und würde es besser finden, die betreffenden Studierendenvertretungen zu vernetzen als Bundesvertretung.

Philipp Alexander Hengl stellt den Zusatzantrag 8.

Viktoria Feichtinger weist darauf hin, dass besonders in alten Gebäuden Studierende mit Behinderung immer noch benachteiligt werden, was im Zusatzantrag aufgearbeitet werde.

15:07 Maximilian Veichtlbauer (AG) überträgt die Stimme an Elena Dvorak (AG) und meldet sich ab.
Elena Dvorak (AG) meldet sich an.

15:08 Philip Zörner (AG) meldet sich als Mandatar_in ab. David Kloiber (AG) meldet sich an.

Godwin Biziyaremye will wissen, wie sich für diesen Antrag eingesetzt werden soll und befürchtet, dass der letzte Beschlusspunkt zu sehr in die Autonomie der Universitäten eingreift.

Sarah Rossmann antwortet, dass geplant sei diese Inhalte bei den Hochschulkonferenzen und bei der UNIKO einzubringen.

David Mooslechner versteht nicht, dass diese Thematiken, die in der Kompetenz der Senate liegt, bei Rektor_innenkonferenzen einzubringen.

Sarah Rossmann betont, das Thema auch mit der Senatsvorsitzenden-Konferenz zu besprechen, mit der es einen guten Austausch gäbe.

Viktoria Kudrna findet es wichtig, dass sich die ÖH zu diesem Thema einmal öffentlich positioniert.

Antrag 7 – Viktoria Kudrna (GRAS, gemeinsam mit VSStÖ und KSV-Lili)

Betr.: Dekarbonisierung des Gebäudebestandes

Im Zuge der aktuellen EU-Richtlinie 2024/1275, die die Dekarbonisierung des Gebäudebestands in der EU vorsieht, soll bis Ende 2025 ein nationaler Renovierungsplan für Österreich vorgelegt und anschließend im Jahr 2027 in Kraft treten. Dabei sollen sowohl finanzielle Förderstrukturen als auch Expert_innenberatungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Standort der Wissenschaft und Solidarität sehen wir uns als Österreichische Hochschüler_innenschaft in der Pflicht, die Klimakrise nicht nur in der Lehre, sondern auch in der Praxis aktiv zu bekämpfen. Hochschulen können mit ihren Gebäuden aus öffentlicher Hand eine Vorreiter_innenrolle einnehmen. Deshalb fordern wir, dass unsere Hochschulen die ersten Schritte zu einer klimaneutralen Gebäudesanierung setzen.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich für eine schnellstmögliche Sanierung der Hochschulen ein, um die Gebäude klimaneutral zu gestalten.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert, dass bestehende Gebäude saniert werden, bevor neue gebaut werden. Neben der Sanierung soll zudem der Erwerb von Bestandsgebäuden für den Ausbau von Hochschulstandorten gegenüber Neubauten priorisiert werden.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert, dass Neubauten, wenn sie notwendig sind, klimapositiv geplant und umgesetzt werden.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft bemüht sich um eine Zusammenarbeit mit der BIG, um die oben genannten Punkte zu thematisieren.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich dafür ein, dass die Curricula der betroffenen Studiengänge im Bereich Immobilien, Bauwesen, Raumplanung und Architektur um verpflichtende Lehrveranstaltungen zur Gebäudesanierung erweitert werden.

1 Contra 0 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag 8 = Zusatzantrag – Viktoria Feichtinger (AG)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 7 „Dekarbonisierung des Gebäudebestandes“

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge beschließen:

- Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft setzt sich dafür ein in Falle einer Sanierung von Gebäude mindestens die Anforderungen der ÖNORM B 1602 zur Barrierefreiheit verpflichtend eingehalten werden.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Annika Hartmann stellt den Antrag 9.

15:16 Maximilian Veichtlbauer (AG) meldet sich an. (bisher von Elena Dvorak vertreten)

Philipp Alexander Hengl findet im Antrag vor Allem den Teil zu Wissenschaft sehr wichtig, sieht aber den Rest nicht wirklich im Aufgabenbereich der ÖH verortet und wird sich enthalten.

15:20 Felix Gosch (VSStÖ) meldet sich ab. Marie Pointner (VSStÖ) meldet sich an.

Manuel Grubmüller gibt zu bedenken, dass bei einem reinen Ausrichten der Finanzierung der Hochschulen auf öffentliche Mittel die Unabhängigkeit bedrohen könne, sowohl im Bereich der Lehre als auch im Bereich der Wissenschaft.

Godwin Biziyaremye fragt, ob mit „Referate“ und „relevante Stakeholder“ im ersten Beschlusspunkt nur die Referate der Bundesvertretung oder der Hochschulvertretungen gemeint seien und mit relevanten Stakeholdern die Hochschulvertretungen.

Nina Mathies repliziert, dass durch die Erwähnung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft auch deren Referate gemeint seien, aber bei Imput durch andere Referate dies gerne an den Vorsitz kund tun könne und findet es sehr wichtig, dass die ÖH ein neues Regierungsprogramm als Ganzes kommentieren kann.

Antrag 9 – Annika Hartmann (GRAS, gemeinsam mit VSStÖ und KSV-Lili)

Betr.: Kritische Analyse des neuen Regierungsprogramms

Das Regierungsprogramm der aktuellen Bundesregierung setzt in vielen Bereichen Akzente, lässt jedoch in zentralen Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Hochschul- und Wissenschaftspolitik, des Klimaschutzes sowie der Antidiskriminierung deutliche Lücken erkennen. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft sieht es als ihre Verantwortung, dieses Programm kritisch zu analysieren und notwendige Verbesserungen einzufordern.

Während einzelne Maßnahmen, wie die geplante Erleichterung des Bezugs der Studienbeihilfe oder die Überarbeitung der Studieneingangs- und Orientierungsphase, positiv bewertet werden, bleibt das Regierungsprogramm insgesamt in vielen Bereichen vage und unkonkret. Es fehlen klare Maßnahmen und verbindliche Umsetzungspläne, um reale Verbesserungen für Studierende und die Gesellschaft insgesamt sicherzustellen.

Besonders besorgniserregend ist der fehlende Fokus auf eine solidarische Asylpolitik und die Verschärfung bestehender Hürden für Geflüchtete. Die Österreichische Hochschüler_innenschaft lehnt eine Politik der Abschottung und Entrechtung entschieden ab und fordert stattdessen menschenrechtskonforme Lösungen, die auf Integration und Unterstützung setzen. Ebenso alarmierend ist die unzureichende Beachtung der Klimakrise im Regierungsprogramm – obwohl sie die größte Herausforderung unserer Zeit darstellt, fehlt es an ambitionierten Maßnahmen, um den notwendigen sozial gerechten Wandel voranzutreiben. Stattdessen werden in einer Zeit von multiplen Krisen marktorientierte „Trendthemen“ wie Künstliche Intelligenz großgeschrieben und die notwendige Krisenbewältigung und -mitigation hintenangestellt.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert daher klare Nachbesserungen in mehreren Schlüsselbereichen und setzt sich entschieden für eine solidarische, gerechte und zukunftsorientierte

Politik ein. In diesem Antrag werden die wesentlichen Kritikpunkte sowie Forderungen zur Verbesserung des Regierungsprogramms formuliert.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Wintersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft startet eine groß angelegte Auseinandersetzung mit dem Regierungsprogramm unter Einbeziehung der thematisch relevanten Referate und anderen relevanten Stakeholder_innen.

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft geht dabei insbesondere auf folgende Themen ein:

Im Bereich Wissenschaft und Bildung:

- Begrüßung der geplanten Verbesserung der ECTS-Gerechtigkeit, jedoch Forderung nach transparenter und fairer Umsetzung.
- Kritische Begleitung der Neustrukturierung der Studieneingangs- und Orientierungsphase unter Einbindung der ÖH.
- Forderung nach stabiler Grundfinanzierung der Hochschulen zur Reduzierung von Drittmittelabhängigkeit.
- Ablehnung der verstärkten Kommerzialisierung universitärer Forschung.

Im Bereich Asyl und Migration:

- Ablehnung der Einschränkung der Familienzusammenführung als menschenrechtswidrig.
- Klare Ablehnung der Zielsetzung, Asylzahlen auf null zu reduzieren.
- Forderung nach fairer und niederschwelliger Umsetzung des Integrationsjahres.

Im Bereich Klima- und Umweltschutz:

- Kritik an fehlenden ambitionierten Klimamaßnahmen im Regierungsprogramm.
- Forderung nach sozial gerechter Klimapolitik, inklusive Investitionen in erneuerbare Energien und öffentlichen Verkehr.

Im Bereich Wohnen & Soziales:

- Begrüßung der Erleichterung des Studienbeihilfebezugs und Forderung nach weiterer Anhebung.
- Anerkennung der geplanten Einführung eines Mietpreisdeckels.
- Forderung nach prioritärem Ausbau von leistbarem studentischem Wohnraum.

Im Bereich Antidiskriminierung, feministische und queere Politik:

- Begrüßung des Verbots von Konversionstherapien.
- Forderung nach konsequenter Umsetzung eines Nationalen Aktionsplans gegen Hassverbrechen.
- Kritik an der binären Gendermedizin und Forderung nach diversitätssensibler Versorgung.
- Forderung nach rechtlicher Anerkennung nicht-binärer Personen.
- Verpflichtende Sensibilisierungstrainings zu Diskriminierung und geschlechtlicher Vielfalt in allen öffentlichen Einrichtungen.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich weiterhin aktiv für eine gerechtere und nachhaltigere Hochschul- und Gesellschaftspolitik ein.

6 Contra 12 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Alexandra Budanov stellt den Antrag 10.

Maximilian Veichtlbauer betont, dass die ÖH bei der Wiederrichtung der Republik dafür gegründet wurde, die Universitäten von Nationalsozialisten zu befreien und deshalb sieht er es auch als Grundaufgabe, die Republik nazifrei zu halten.

Manuel Grubmüller begrüßt den Antrag, will aber auch andere Formen von Extremismus als ÖH verurteilen.

Nina Mathies bittet, Aussagen, die geeignet sind, Rechtsextremismus zu relativieren, zu überdenken.

Antrag 10 – Alexandra Budanov (KSV-Lili, gemeinsam mit VSStÖ, AG und GRAS)

Betr.: 80 Jahre Nie Wieder

Am 27. Jänner 2025 jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal. Im Jahr 2025, das bereits als Gedenkjahr titulierte wird, jährt sich demzufolge auch zum 80. Mal die Befreiung Österreichs vom Nazifaschismus.

„Niemals vergessen“ darf nicht nur eine Floskel bleiben, sondern muss ein Appell an uns alle sein – besonders in der aktuellen politischen Lage, in der wir einen kontinuierlichen Rechtsruck beobachten können.

Angesichts der aktuellen globalen politischen Entwicklungen ist es wichtiger denn je, dass wir uns mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und aus ihr lernen. Diskriminierung jeglicher Art darf an den Hochschulen keinen Platz finden. Deshalb muss auf weiterhin bestehende strukturelle Benachteiligungen aufmerksam gemacht und Raum für Erinnerungskultur geschaffen werden, um betroffenen Gruppen eine Stimme zu geben.

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft thematisiert Erinnerungskultur als gelebte Praxis. Es soll Bewusstsein für eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geschaffen werden.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft möchte zudem auf anhaltende strukturelle Benachteiligung von durch Diskriminierung betroffenen Gruppen aufmerksam machen. Hierfür müssen an Hochschulen ausreichend Räume geschaffen werden.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich gegenüber der neuen Bundesregierung für den Ausbau der Rechtsextremismusforschung und die Etablierung neuer Institute zur Erforschung von Rechtsextremismus ein.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich weiterhin dafür ein, dass Hochschulen ihre eigene faschistische Vergangenheit kritisch aufarbeiten.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft beteiligt sich an Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Befreiung und ruft lokale Hochschulvertretungen dazu auf, dies ebenfalls zu tun.

o Contra 6 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Maximilian Veichtlbauer (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt, weil „Nie Wieder“ nie wieder sein muss.

15:37 Sitzungsunterbrechung für JUNOS bis 15:47

Markus Lieder stellt den Antrag 11.

15:50 Michael Pinter (FLÖ) meldet sich an. (bisher von Godwin Biziyaremy vertreten)

Martin Heider will wissen, ob auch andere Autonomien für die Pädagogischen Hochschulen geschaffen werden sollen außer der Personalautonomie und ob mit den „Lehrenden“ die gemeint seien, die auf den Pädagogischen Hochschulen lehren oder die dort als Lehrer_innen ausgebildet werden.

Maximilian Veichtlbauer betont, dass künftig das Bildungsministerium für die pädagogischen Hochschulen zuständig sei und nicht mehr das Wissenschaftsministerium.

Tamara Schulz fragt, aus welcher Intention dieser Antrag entstanden sei und meint, dass die Probleme im Lehramt eher auf der curricularen und nicht der personellen Ebene entstehen, sowie, dass oftmals nicht in den Pädagogischen Hochschulen das Wissen über den Schulbetrieb fehle, sondern in der Sekundarstufe an den Universitäten. Weiters gäbe es einen Widerspruch zwischen voller Personalautonomie und einheitlichen Qualitätskriterien für alle Hochschulen.

Krisztina Kamensky sieht bei diesem Antrag einen Türschildwechsel bei den Pädagogischen Hochschulen, der die Probleme nicht löst.

15:56 Moritz Zoller (GRAS) meldet sich ab. Laura Ozlberger (GRAS) meldet sich an.

Manuel Grubmüller sieht die Kritik an der falschen Adressierung des Ministeriums als richtig und bittet um Respekt für die Person, die den Antrag geschrieben hat.

Jorga Vahlhaus findet es sinnvoll, Qualitätskriterien für die Lehrenden in der Lehrer_innenbildung für sinnvoll.

Antrag 11 – Markus Lieder (JUNOS)

Betr.: Aufwertung der pädagogischen Hochschulen zu Schools of Education

Wir haben genug von Pädagogischen Hochschulen, die in der Mittelmäßigkeit feststecken. Es ist an der Zeit, dass Österreich als Heimat erstklassiger Pädagogischer Hochschulen bekannt wird, die weltweit Maßstäbe setzen.

Die Realität ist jedoch ernüchternd: überlastete Lehrende, mangelnde Betreuung der Studierenden, Lehrende, die eine Schule zuletzt in ihrer eigenen Schulzeit gesehen haben, Forschungsfelder, die an der Realität der Schulen vorbeigehen, sowie ein überbordender Verwaltungsaufwand. Dies sind nur einige Beispiele für die aktuellen Missstände. Es ist höchste Zeit, etwas zu ändern! Wir müssen Pädagogische Hochschulen neu denken!

Die Pädagogischen Hochschulen sollen jeweils zu Fachhochschulen ("School of Education") aufgewertet werden, die im Gegensatz zu den jetzigen Pädagogischen Hochschulen volle (Personal-)Autonomie erhalten. Die Kernkompetenz der neuen "Schools of Education" besteht in der Vermittlung pädagogischer und (fach-)didaktischer Kompetenzen sowie der Berufsausbildung künftiger Lehrkräfte. Diese Bereiche müssen auch ins Zentrum der eigenen Forschungsarbeit gerückt werden.

Im Zuge dessen muss die "Ausbildung der Ausbilder:innen" verbessert werden. Lehrende müssen dieselben Qualifikationskriterien erfüllen, wie sie an Universitäten üblich sind. Gleichzeitig muss Praxiserfahrung eine Voraussetzung bleiben, denn ein rein theoretischer Zugang reicht nicht aus, um die besten Lehrpersonen auszubilden und wird den Unterrichtsrealitäten nicht gerecht!

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen, dass:

- Die Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft, ihre Stellvertreter:innen sowie das Referat für pädagogische Angelegenheiten sich gegenüber dem zuständigen Ministerium für Wissenschaft für die Aufwertung von Pädagogischen Hochschulen zu Schools of Education einsetzen.
- Die Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft, ihre Stellvertreter:innen sowie das Referat für pädagogische Angelegenheiten sich gegenüber dem zuständigen Ministerium für Wissenschaft und anderen relevanten Stakeholder:innen für die Schaffung einheitlicher Qualitätskriterien für Lehrende an Pädagogischen Hochschulen einsetzen.

5 Pro 1 Enthaltung
Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, weil ich einfach der Meinung bin, dass dieser noch ausgearbeitet gehört und mit tatsächlichen Punkten gefüllt gehört und nicht nur, wie ich schon vorher gesagt habe, heiße Luft sein sollte, liebe Junos bitte bemüht euch einfach um einen besseren Antrag nächstes Mal.

Manuel Grubmüller stellt den Antrag 12.

Maximilian Veichtlbauer betont, dass nachgelagerte Studiengebühren sozial selektiv seien und man ja nicht unbedingt die arbeitende Bevölkerung, sondern auch Unternehmen und Kapital mehr besteuern könne und bittet, seine früheren Wortmeldungen zu diesem Thema dazu anzuhören.

Felix Penzenstadler kritisiert den Antrag und präsentiert ein Goodie-Bag für die antragstellende Fraktion.

Maximilian Veichtlbauer wirft ein, dass die Wortmeldung vom Vorredner nichts mit dem Antrag zu tun hätte.

16:10 Sitzungsunterbrechung bis 16:15

Sarah Rossmann erteilt einen Ordnungsruf an Felix Penzenstadler, weil er nicht zur Sache gesprochen hat.

Selina Wienerroither versteht nicht, dass man sich als Studierendenvertretung aktiv für eine Verschlechterung für Studierende ausspricht durch Schaffung von Studiengebühren und sieht einen Widerspruch in der Phrase „Elite-Unis für alle“.

David Mooslechner findet die Analyse falsch, dass öffentliche Gelder im Krisenfall wegbrechen, weil in der Praxis die Drittmittel vorher weg sind, wenn die Universität nicht mehr liefern kann.

Michael Pinter erklärt, dass das Modell von Neuseeland sei, dass die Studierenden vor dem Studieren in etwa 30.000 Euro zahlen müssten und nicht nachgelagert.

Stefan Zeiringer kritisiert, dass die nachgelagerten Studiengebühren immer mit 10 Euro im Monat erklärt wurden, aber mit dann insgesamt 120 Euro kein Studium finanziert werden könne.

Maximilian Maydl sieht am Modell unfair, dass gerade Studierende mit längeren Studiendauern durch Care- oder Erwerbsarbeit dann mehr zahlen müssten.

Manuel Grubmüller korrigiert, dass das System von Neuseeland ein Student Loan Regime hätte, das dann nachgelagert funktioniert und wünscht sich Argumente, wieso nachgelagerte Studiengebühren sozial selektiv seien. In internen Berechnungen kämen die Junos auf bis zu 35% höhere Budgets mit nachgelagerte Studiengebühren.

Selina Wienerroither sieht in der Praxis schon ein Modell der nachgelagerten Studiengebühren durch Steuern und nur 1% mehr Budget für die Hochschulen gesamt.

Antrag 12 – Manuel Grubmüller (JUNOS)

Betr.: Elite-Unis für alle, mit einem gerechten Modell der nachgelagerten Studienbeiträge

Die österreichischen Hochschulen sind seit Jahren nicht mehr unter den besten der Welt oder Europas. Die derzeit am besten gerankte Universität ist die Universität Wien mit Platz 110 weltweit. Dies liegt vor allem daran, dass österreichische Universitäten oft nicht genug finanzielle Mittel haben, um Forschungsprojekte angemessen zu finanzieren und zusätzliches (Lehr-)Personal einzustellen. Dadurch leiden nicht nur die Studierenden während ihres Studiums, sondern auch der Ruf des Universitätsstandorts Österreich insgesamt.

Um diesem Problem entgegenzutreten und die Universitäten sowie Hochschulen mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, braucht es nachgelagerte Studienbeiträge, welche den jeweiligen Universitäten direkt zugutekommen. Dieses Modell soll sich an bereits bestehenden Modellen in Ländern wie Schweden, Neuseeland und Kanada orientieren.

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen, dass:

- Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft sich für nachgelagerte Studienbeiträge einsetzt. Diese sollen sich fair und transparent am Bruttogehalt der Absolvent:innen orientieren und für die gleiche Dauer wie das Studium zweckgebunden an die jeweilige Hochschule zurückfließen.
- Dadurch wird sichergestellt, dass die Hochschulen direkt von den Beiträgen profitieren und die Qualität der Lehre nachhaltig gesteigert wird.

- Sollte das Einkommen eine Rückzahlung nicht ermöglichen, garantiert die Republik Österreich mittels Ausfallhaftung soziale Sicherheit und schützt Absolvent:innen vor finanzieller Überlastung.
- So entsteht ein gerechtes Modell, das sowohl die Hochschulfinanzierung verbessert als auch die Chancengerechtigkeit wahrt.

5 Pro o Enthaltungen
Antrag gefallen

Jorga Vahlhaus stellt den Antrag 13.

16:29 Sitzungsunterbrechung für AG bis 16:34

Sandra Winkler begrüßt den Antrag und bittet darum, dass man sich auch für Änderungen im FHG diesbezüglich einsetzt.

Philipp Alexander Hengl stellt den Zusatzantrag 14.

16:41 Sitzungsunterbrechung für KSV-Lili bis 16:46

Antrag 13 – Jorga Vahlhaus (JUNOS, gemeinsam mit HERBERT)

Betr.: Absolvierung von Lehrveranstaltungen während eines Wiederholungsjahres

Die Wiederholung eines Studienjahres stellt für viele Studierende eine erhebliche Verzögerung im Studienverlauf dar. Die damit verbundene psychische Belastung kann zu Motivationsverlust und Selbstzweifeln führen. Das Gefühl, hinter Kolleg:innen zurückzufallen, verstärkt diesen Druck zusätzlich. Um diesen Nachteil abzumildern, sollte Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, während des Wiederholungsjahres bereits Lehrveranstaltungen aus höheren Semestern zu besuchen. Dadurch können sie trotz Wiederholung Fortschritte im Studium erzielen und den Zeitverlust minimieren. Um den Studienfortschritt bestmöglich zu unterstützen, sollten Studierende zusätzlich Lehrveranstaltungen aus höheren Semestern absolvieren können. Anstatt ein Jahr ausschließlich mit Wiederholungen zu verbringen, erhalten sie so die Chance, sich neuen Inhalten zu widmen und ihr Wissen kontinuierlich zu erweitern. Dies senkt die Frustration und hilft dabei, das Engagement für das Studium aufrechtzuerhalten.

Die Möglichkeit, weiterhin Fortschritte zu machen und sich aktiv mit neuen Inhalten auseinanderzusetzen, kann den Druck mindern und das Wohlbefinden der Studierenden fördern. Zudem bietet sich dadurch eine wertvolle Gelegenheit, neue Lernstrategien zu entwickeln und Prüfungsstrategien zu optimieren. So bleibt man im akademischen Rhythmus, verliert nicht den Anschluss und kann bereits einzelne Prüfungen erfolgreich absolvieren.

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft setzt sich dafür ein, dass:

- Studierenden, die ein Studienjahr wiederholen müssen, die Möglichkeit gegeben wird, gleichzeitig Lehrveranstaltungen aus höheren Semestern zu absolvieren, um ihren Studienfortschritt zu unterstützen und einen möglichen Zeitverlust zu minimieren. Zu diesem Zweck soll sich die ÖH gegenüber den Fachhochschulen dafür einsetzen, dass entsprechende Regelungen implementiert werden, die eine flexible und effiziente Gestaltung des Studiums während eines Wiederholungsjahres ermöglichen.
- Studierende an Fachhochschulen sollen die Möglichkeit bekommen, Lehrveranstaltungen innerhalb eines Semesters im Umfang von 8 ECTS zu wiederholen, ohne dass das gesamte Jahr wiederholt werden muss.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 14 = Zusatzantrag– Philipp Alexander Hengl (AG)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 13 „Absolvierung von Lehrveranstaltungen während eines Wiederholungsjahres“

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge beschließen, sich gegenüber dem zuständigen Ministerium dafür einzusetzen, folgende Maßnahmen zu prüfen, zu implementieren und gegebenenfalls im FHG und anderen einschlägigen Rechtsquellen anzupassen

- **Erhöhung der möglichen Anzahl von Wiederholungen:** Zuständige Ministerien sollen prüfen, ob eine Erhöhung der erlaubten Anzahl von Wiederholungen sinnvoll umsetzbar ist – etwa drei Wiederholungen bei sechssemestrigen Bachelorstudiengängen und zwei Wiederholungen bei viersemestrigen Masterstudiengängen. Ziel dieser Maßnahme wäre, psychische Belastungen durch Prüfungsdruck und die Angst vor einem Studienabbruch zu reduzieren und gleichzeitig mehr Flexibilität im Studium zu ermöglichen.
- **Übergangsregelung bei endgültig negativer kommissioneller Prüfung:** Zuständige Ministerien sollen eine verbindliche Übergangsregelung schaffen, die Studierenden erlaubt, nach einer endgültig negativen kommissionellen Prüfung jene Lehrveranstaltungen des laufenden Semesters weiterhin zu besuchen und abzuschließen, bei denen inhaltlich keine unmittelbare Abhängigkeit zur negativ beurteilten Prüfung besteht. Ziel ist, unnötige Zeitverluste für Studierende sowie psychische Belastungen zu minimieren.
- **Evaluierung allgemeiner Flexibilisierungsmaßnahmen bei Wiederholung:** Die Ministerien sollen generell evaluieren, inwiefern das Vorziehen einzelner Lehrveranstaltungen aus höheren Semestern oder andere Flexibilisierungsmaßnahmen im Falle einer notwendigen Wiederholung realistisch umgesetzt werden können. Dabei sind insbesondere organisatorische und rechtliche Aspekte sorgfältig zu berücksichtigen, um eine praxistaugliche und qualitätsorientierte Lösung zu finden.

Antrag mehrheitlich angenommen

Manuel Grubmüller stellt den Antrag 15.

Paul Koo sieht bei der Finanzierung wichtig, dass Fixkosten gedeckt werden und sieht eine große Leistung durch Ehrenamtlichen die hinter diversen Verbesserung im Studium stehen. Das Streichen von ehrenamtlichen Posten und die Ersetzung der Leistungen durch angestellte Personen sieht er als große Ineffizienz, weil man die Personen für das gleiche Geld wie für die Funktionsgebühren in etwa 3 Wochenstunden anstellen könne.

Maximilian Veichtlbauer sieht verfassungsrechtlich ein Problem mit einem opt-out in einem Vertretungskörper. Für eine Abschaffung von Referaten sollte ein Antrag im Satzungsausschuss eingebracht werden.

Sandra Winkler sieht als Risiko bei der Streichung von Referaten, dass die Sichtbarkeit von Minderheiten geschwächt wird.

Laura Ozlberger sieht ein Nicht-Kennen der ÖH bei jenen Studierenden, die gut durch das Studium kommen und diese nicht brauchen.

17:07 Tanja Steger (FLÖ) meldet sich an. (bisher von Paul Koo vertreten)

17:07 Maximilian Rosenberger (Referent_in für wirtschaftliche Angelegenheiten) meldet sich an.

Samuel Hafner erklärt die Arbeit des Referats für Öffentlichkeitsarbeit.

Sarah Rossmann überträgt die Sitzungsleitung an Nina Mathies.

Julian Samohel verteidigt das allgemeinpolitische Mandat.

Manuel Grubmüller freut sich über eine konstruktive Diskussion und sieht die Angst nicht ganz, dass die Studierenden die ÖH verlassen, wenn diese gute Arbeit leistet. Weiters hätten die Junos Exekutiverfahrung zum Beispiel an der JKU, MCI oder an der FH Campus Wien.

Nina Mathies überträgt die Sitzungsleitung an Sarah Rossmann.

17:20 Kathrin Kaindl (JUNOS) meldet sich ab. Fabian Haslwanter (JUNOS) meldet sich an.

17:20 Viktoria Marik (JUNOS) überträgt die Stimme an Kathrin Kaindl (JUNOS) und meldet sich ab.

Kathrin Kaindl (JUNOS) meldet sich an.

Maximilian Veichtlbauer wendet ein, dass er selbst einspringen musste auf der FH Campus und dort für ein Monat das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten leiten.

Antrag 15 – Manuel Grubmüller (JUNOS)

Betr.: Für eine neue ÖH: Fokus auf die Studierenden!

Was haben die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer und die ÖH gemeinsam? Alle drei eint der gesetzliche Zwang, Mitglied zu sein. Was unterscheidet sie? Die AK und die WK haben eine Wahlbeteiligung von über 30 Prozent, während die ÖH bei nur 21 Prozent stagniert. Dies zeigt, dass die ÖH ihrem Vertretungsauftrag gegenüber einem Großteil der Studierenden nicht nachkommt. Viele Studierende leiden unter überfüllten Hörsälen, schlechten Betreuungsverhältnissen, überbordenden Anwesenheitspflichten oder der mangelnden Vereinbarkeit von Studium und Arbeit. Dennoch beschäftigt sich die ÖH immer weniger mit diesen realen Problemen. Stattdessen liegt der inhaltliche Fokus auf ideologischen Debatten, die kaum einen direkten Nutzen für Studierende haben. Ein Beispiel dafür ist die 180-Grad-Wende der Exekutive beim Teilzeitstudium: Statt sich für eine Verbesserung einzusetzen, wurde diese wichtige Forderung auf Basis einer nicht repräsentativen Studie fallen gelassen. Kein Wunder also, dass sich viele Studierende nicht mehr von der ÖH vertreten fühlen. Es braucht eine ÖH, die sich wieder auf die Studierenden fokussiert – ohne allgemeinpolitische Schwerpunkte und ohne Zwangsmitgliedschaft. Die finanziellen Mittel sollten nicht für zahlreiche Referate oder unnötige Druckprodukte ausgegeben werden, sondern in Projekte investiert werden, die Studierenden im Alltag tatsächlich weiterhelfen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Entwicklung einer ÖH-App mit echtem Mehrwert, die Informationen zu Serviceangeboten, Events und Lernpartner:innen bündelt.

Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen, dass:

- Der Vorsitz der ÖH bis zur 2. ordentlichen Sitzung einen Plan vorlegt, wie die derzeit 15 Referate auf 10 reduziert werden können. Das Referat für antifaschistische Gesellschaftspolitik und Menschenrechte soll dabei ersatzlos aufgelöst werden, und die Personalausgaben sollen mittelfristig gesenkt werden.
- Der Vorsitz der ÖH sich gegenüber dem Bundesministerium für Wissenschaft und anderen relevanten Stakeholdern für die Abschaffung der ÖH-Zwangsmitgliedschaft und des allgemeinpolitischen Mandats ausspricht.
- Druckprodukte nur noch in begründeten Ausnahmefällen bestellt werden dürfen. Das "Progress"-Magazin ist jedenfalls einzustellen. Das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten hat bis zur 2. ordentlichen Sitzung im Sommersemester dem Wirtschaftsausschuss eine entsprechende Ergänzung der Gebarungsordnung vorzulegen.
- Die durch die Punkte 1 und 3 eingesparten Mittel zugunsten der Entwicklung einer ÖH-App mit echtem Nutzen für die Studierenden eingesetzt werden.

Ww Gruppe	Mandatar_in	ja	nein	Enth.
----------------------	--------------------	-----------	-------------	--------------

VSStÖ	N. Mathies /E: J. Kunze		X	
	H. Czernohorszky /E: S. Wienerroither		X	
	H. Müllner /E: M. Pointner /StÜ: F. Gosch		X	
	M. Amann /E: E. Leitner /StÜ: J. Kunze		X	
	E. Losbichler /E: M. Linschinger /StÜ: M. Rosenberger		X	
	R. Tauber/E: E. Hinterhölzl /StÜ: S. Hartl		X	
	C. Keller / E: M. Stenitzer		X	
	M. Ramsauer /E: L. Buxbaum / StÜ: K. Aflenzer		X	
	I. Mostböck /E: S. Hafner		X	
	P. Kous /E: O. Miksch / StÜ: K. Vallaster		X	
	Y. Schmidt /E: M. Weitzer /StÜ: V. Simschitz		X	
	T. Köhle /E: /StÜ: V. Gogala		X	
	S. Podratzky / E: L. Kaiser /StÜ: M. Stenitzer		X	
	U. Ovat /E: A. Schwarz /StÜ: M. Rosenberger		X	
	P. Graser /E: R. Arnhold /StÜ: F. Gosch		X	
AG	C. Übl /E: P.A. Hengl		X	
	M. Veichtlbauer /E: S. Bauer		X	
	C. Pail /E: F. Anders		X	
	K. Kamensky /E: J. Warisch		X	
	S. Zeiringer /E: V. Sixtl		X	
	E. Akalin /E: P. Zörner /StÜ: G. Tomaschitz		X	
	L. Bibic /E: D. Müller		X	
	F. Heim / E:		X	
	C. Seiringer /E: M. Beer /StÜ: V. Feichtinger		X	
	B. Frommann / E: T. Hobik /StÜ: L. Weninger, S. Aste		X	
	G. Grubmüller /E: /StÜ: S. Gerrelts		X	
	D. Kloiber /E: J. Grill		X	
GRAS	S. Rossmann /E: V. Wimmer		X	
	E. Kainz /E: M. Yoveska		X	
	F. Knogler /E: E. Eder /StÜ: V. Kudrna		X	
	L. Reppmann /E: M. Götzendorfer /StÜ: A. Hartmann		X	
	S. Polzer /E: I. Belaga /StÜ: H. Wachtveitl		X	
	E. Hammer /E: H. Wachtveitl		X	
	S. Neßler /E: P. Benteler		X	
	L. Ozlberger /E: C. Kohlhofer /StÜ: M. Zoller		X	
	A. Riegler /E: F. Penzenstadler /StÜ: I. Belaga		X	
	R. Eichhübl /E: S. Proll		X	
	M. Bader /E: V. Kudrna /StÜ: C. Wolfert		X	
JUNOS	L. Schobesberger /E: /StÜ: M. Grubmüller	X		
	V. Marik /E: S. Kern / StÜ: K. Kaindl	X		
	F. Haslwanger /E: M. Grubmüller /StÜ: K. Kaindl	X		
	M. Pucher /E: F. Gollner-Stramsak /StÜ: J. Vahlhaus	X		
	S. Sinkovits /E: M. Lieder	X		
FLÖ	M. Pinter /E: G. Biziyaremye		X	
	B. Badinska /E: D. Mooslechner		X	

	M. Heider /E: A. Zauner		X	
	T. Steger /E: P. Koo		X	
KSV-LiLi	S. Neuhold /E:		X	
	A. Budanov /E: K. Dertnig		X	
	M. Maydl /E:		X	
KSV-KJÖ	L. Pflanzler /E: M. Gauster			
	L. Burgstaller /E: R. Fürpaß		X	
HERBERT	J. Gredinger /E: M. Wanderer		X	
	J. Samohel /E:		X	
RFS	D. Zimmerbauer /E:	X		

6 Pro 48 Contra o Enthaltungen
Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Alexandra Budanov (KSV-Lili): Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, weil es einfach trieft nach neoliberalen und einfach rechtem Wahnsinn, den ihr da formuliert habt, ihr wahrscheinlich nicht, eher Chat GPT. Ich finde es spannend, wenn ihr da wieder mal zustimmt und es zeigt einfach mal wieder, dass sich die JUNOS sich einfach in FPÖ Studierende oder in RFS light umbenennen sollten.

Maximilian Maydl (KSV-Lili): Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, weil ich finde, dass es ein sehr peinlicher Versuch ist, am rechten Rand nach Stimmen zu fischen, gleichzeitig erwarte ich auch nichts anderes von einer Fraktion, deren politische Vorbilder Margaret Thatcher oder Javier Milei heißen.

Selina Wienerroither (VSStÖ): Ich habe natürlich dagegen gestimmt, weil ich es absurd finde, in einem Gremium der Österreichischen Hochschüler_innenschaft über deren Abschaffung zu sprechen beziehungsweise über eine so massive Schwächung. Ich finde als Studierendenvertreter_innen sollen wir darüber reden, dass Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten ausgebaut werden und nicht in den Sand gesetzt und das geht nur mit der solidarischen Pflichtmitgliedschaft und mit einem allgemeinpolitischen Mandat.

Maximilian Veichtlbauer (AG): Ich hab gegen diesen Antrag gestimmt, weil die aktuelle hochschulpolitische Lage uns zeigt, dass wir eine starke Interessensvertretung und somit eine starke ÖH brauchen, denn nur eine starke ÖH kann das österreichische Bildungswesen verbessern und auch die Rahmenbedingungen an den Hochschulen für die Studierenden verbessern und eine ÖH abzuschaffen, einfach nur – mir fallen jetzt gerade keine Wörter ein, die ich zu Protokoll geben kann, sucht euch irgendwas aus was ihr da reinsetzen wollt, aber ja. Ich habe dagegen gestimmt, weil der Antrag nicht sinnvoll ist.

17:31 Sitzungsunterbrechung bis 17:41

Philipp Alexander Hengl stellt den Antrag 16.

17:46 Julian Gredinger (HERBERT) meldet sich ab. Magdalena Wanderer (HERBERT) meldet sich an.

Eluisa Kainz kritisiert, dass das Progress abgeschafft werden soll und stattdessen Fußball gefördert, obwohl alle Fraktionen sehr dahinter waren, in der Wahl-Ausgabe vorzukommen.

Nina Mathies verweist darauf, dass das Progress in dem Gremium eine Mehrheit habe und man eher Studierende politisch überzeugen müsse als immer wieder Anträge zu dem Thema zu schreiben und in einer vorangegangenen Sitzung ein Fördertopf für Sportprojekte kreiert wurde, der gerne verwendet werden könne.

David Mooslechner sieht keine Lösung von Problemen beim Progress durch diesen Antrag und eine unsachliche Vermischung von Themen.

Maximilian Veichtlbauer geht es um die finanziellen Mittel für das Progress und sieht bei ehemaligen Mitarbeiter_innen des Magazins auch Meinungen für die Abschaffung in der aktuellen Form. Manuel Grubmüller betont, dass auch die JUNOS einen Artikel geschickt hätten, aber transparent hineingeschrieben hätten, dass sie es abschaffen würden.

Antrag 16 – Philipp Alexander Hengl (AG)

Betr.: Schlusspfiß für das Progress: Ankick für eine Hochschulliga!

Das Progress Magazin der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft(ÖH) ist wie schon in vielen Debatten dieses Gremiums festgestellt, ein Musterbeispiel für die Verschwendung der Mitgliedsbeiträge der Studierenden. Es bietet dem Großteil der Studentinnen und Studenten in Österreich keinerlei Mehrwert, das Blatt ist von Qualitätsjournalismus weit entfernt und hinzu kommt, dass jährlich so wenig Beiträge veröffentlicht werden, dass jeder Artikel ein Preisschild von mind. 3.000€ mit sich bringt (Quelle Anhang 1). Es braucht den Schlusspfiß für das Magazin, es muss eingestellt werden.

Stattdessen soll mit diesem Geld, ~140.000€ in JVA 24/25, etwas geschaffen werden, das einen wirklichen Mehrwert für die Studierenden und den Hochschulstandort Österreich darstellt, etwas das Gemeinschaft schafft, den sozialen Zusammenhalt der Studentenschaft an den jeweiligen Standorten stärkt und den Austausch zwischen den Hochschulen beflügelt. All dies würde man durch die Etablierung einer bundesweiten Hochschulfußballliga erledigen. Nicht nur zählt Fußball zu den beliebtesten Sportarten Österreichs und macht es dementsprechend einfach Interessierte für diese Sache an den Hochschulen zu finden, sondern diesbezügliche Sportveranstaltungen sind vergleichsweise leicht organisier- und durchführbar.

Natürlich geht das nicht von heute auf morgen, es braucht einen Plan wie das gemacht werden soll und die wichtigsten Stakeholder, wie Hochschulvertretungen, den Universitätssportinstituten, etc., müssen an der Ausarbeitung der Organisationsstruktur beteiligt sein. Wichtig dabei ist, dass es sich um keine Eintagsfliege handelt, sondern dass der Grundstein für erfolgreichen Hochschulfußball gelegt wird, wie es ihn in vielen anderen europäischen Ländern bereits der Fall ist (bspw. Portugal). Ein erster Schritt in Richtung eines Hochschulstandorts Österreich der Sport als Asset zusätzlich zum Studium sieht und nicht als eine nervige Ablenkung.

Denn Studierende die regelmäßig Sport betreiben haben erwiesenermaßen einen besseren Studienerfolg als jene die es nicht tun (Quelle Anhang 2). Die positiven Auswirkungen von Sport auf die körperliche und geistige Gesundheit sind ebenfalls weitgehend belegt. Um für möglichst Viele die Möglichkeit zu schaffen ebenfalls Hochschulsport betreiben zu können, soll unter Miteinbeziehung der Fraktionen in der Bundesvertretung und den relevanten Stakeholdern ein Masterplan für den Hochschulsport unter Führung des Vorsitzes erarbeitet werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen:

- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft stellt die Veröffentlichung des Progressmagazins ein.
- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft prüft in den ersten 3 Wochen nach Ende des letzten Wahltags der ÖH Wahl 2025 die Umsetzbarkeit und potentielle Organisationsstruktur einer bundesweiten Universitätsfußballliga.
- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft gründet schnellstmöglich auf Basis der obigen Erkenntnisse ebendiese Liga in Kooperation mit in interessierten HVen.
- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft weist sämtliche finanziellen und personellen Ressourcen die der Erstellung, Veröffentlichung, Produktion und Verbreitung des Progress gedient hätten, dieser Hochschulliga zu.
- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft erarbeitet in den ersten 3 Wochen nach Ende des letzten Wahltags einen Masterplan zur Förderung und Verbesserung des Hochschulsports in Österreich.

- Die Bundesvertretung der Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft fordert von der neuen Bundesregierung die Unterstützung der für den Universitätssport gesetzten Maßnahmen.

12 Pro **5 Enthaltungen**
Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Stefan Zeiringer (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt, weil ich dieses Mal das Glück oder Pech hatte, in den Zufallsverteiler des Progress zu landen und ich mir diesmal echt durchgeschaut habe und sagen kann ich bin der Meinung, dass das Progress wirklich abgeschafft gehört.

Maximilian Maydl (KSV-Lili): Ich habe dagegen gestimmt, weil ich es extrem fragwürdig finde, wenn man ein Magazin, das Studierenden die Möglichkeit gibt, kritische Artikel zu Themen zu verfassen durch eine Fußball-Liga ersetzen will.

Philipp Alexander Hengl (AG): Ja, ich hab für den Antrag gestimmt, weil es schön wäre, wenn das Progress genau das wäre, was du eben gesagt hast, nämlich ein Magazin wo Studenten genau das schreiben. Es gab da einmal einen Bericht beziehungsweise einen Artikel der verfasst wurde, der war wirklich kritisch, der war von einem Autor, der heißt Sebastian, Aste mit Nachnamen und der hat sich wirklich einmal gegen was gestellt, was die Mehrheit in seiner Sache nicht unterstützt haben und der ist nicht genommen worden. Ja, manchmal wenn man es herunterbricht, ist Fußball ein Sport wo 22 Personen einem Ball hinterherrennen. Aber das coole am Fußball ist auch, dass genau das sogar einen Mehrwert bringen würde als dieses Magazin.

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe für den Antrag gestimmt, weil ich glaube, dass eine Fußballliga die Studierenden besser zusammenbringen würde als jedes Progress das bisher veröffentlicht wurde.

David Kloiber stellt den Antrag 17.

Nina Mathies sieht die Intention des Antrages, Räume für Studierende abseits des Lernens auf Hochschulen zu schaffen, als sieht die Kompetenz dafür bei den Hochschulvertretungen gelegen.

18:00 Marcel Bader (GRAS) überträgt die Stimme an Moritz Zoller (GRAS) und meldet sich ab. Moritz Zoller (GRAS) meldet sich an.

David Mooslechner sieht eine Möglichkeit für die antragstellende Fraktion, diese Thematik in der Hochschulkonferenz einzubringen.

18:01 Maximilian Veichtlbauer (AG) überträgt die Stimme an Elena Dvorak (AG) und meldet sich ab. Elena Dvorak (AG) meldet sich an.

Antrag 17 – David Kloiber (AG)

Betr.: Antrag zur Förderung eines belebten Campus- Studieren ist mehr als nur Lernen

Studieren bedeutet weit mehr als nur den Besuch von Lehrveranstaltungen und das Absolvieren von Prüfungen. Hochschulen sind Orte des sozialen Austauschs, der Persönlichkeitsentwicklung und der Vernetzung – sie sollen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch ein lebendiges Umfeld bieten, in dem Studierende sich wohlfühlen, engagieren und entfalten können.

Doch in den letzten Jahren hat sich das Hochschulleben zunehmend auf reine Lehrveranstaltungen und Prüfungsleistungen reduziert. Durch die Pandemie wurden soziale Aspekte des Studiums zusätzlich geschwächt. Viele Studierende fühlen sich isoliert, verbringen ihre Zeit außerhalb der Vorlesungen alleine oder kommen nur noch für Prüfungen auf den Campus. Dies führt nicht nur zu einem Verlust an Gemeinschaft, sondern wirkt sich auch negativ auf das Wohlbefinden und den Studienerfolg aus.

Ziel dieses Antrags ist es, Maßnahmen zur Wiederbelebung des Campuslebens zu fördern, um das Studium wieder zu einer ganzheitlichen Erfahrung zu machen. Hochschulen müssen mehr

Begegnungsräume schaffen, kulturelle und soziale Veranstaltungen fördern sowie Studierendeninitiativen aktiv unterstützen.

Notwendigkeit und Begründung:

1. **Soziale Isolation und psychische Belastung reduzieren**
Die Studierendensozialerhebung zeigt, dass psychische Belastungen unter Studierenden zunehmen. Einsamkeit, fehlende soziale Kontakte und die reine Fokussierung auf Prüfungen führen dazu, dass sich viele Studierende überfordert und demotiviert fühlen. Ein lebendiger Campus mit regelmäßigen Veranstaltungen, offenen Treffpunkten und einer aktiven Community kann diesen negativen Entwicklungen entgegenwirken.
2. **Identifikation mit der Hochschule stärken**
Ein Campus, der nur für Lehrveranstaltungen genutzt wird, bleibt für viele Studierende anonym und unpersönlich. Durch gemeinschaftliche Aktivitäten, studentische Initiativen und attraktive Aufenthaltsbereiche entsteht ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Hochschule. Dies fördert auch langfristig das Engagement der Studierenden und verbessert die allgemeine Hochschulkultur.
3. **Interdisziplinären Austausch fördern**
Der Austausch zwischen Studierenden unterschiedlicher Fachrichtungen bleibt oft auf das Nötigste beschränkt. Durch einen belebten Campus mit offenen Veranstaltungen, Debatten, Sportangeboten und interdisziplinären Projekten wird die Vernetzung gefördert. Dies stärkt nicht nur die persönliche Entwicklung, sondern kann auch die Innovationskraft der Hochschulen steigern.
4. **Räume für Freizeit, Kultur und Kreativität schaffen**
Viele Hochschulen bieten nur begrenzte Aufenthaltsmöglichkeiten außerhalb der Seminarräume und Bibliotheken. Ein belebter Campus braucht Räume für Kultur, Musik, Kunst und Freizeitaktivitäten. Offene Lern- und Aufenthaltszonen, Studierendencafés, Veranstaltungsräume und Outdoor-Bereiche tragen dazu bei, dass sich Studierende gerne auf dem Campus aufhalten.
5. **Engagement und Ehrenamt fördern**
Studentische Organisationen, Hochschulgruppen und ehrenamtliche Initiativen sind essenziell für ein aktives Campusleben. Hochschulen müssen Studierendenvertretungen und Initiativen aktiv unterstützen, indem sie finanzielle Mittel, Infrastruktur und Räumlichkeiten bereitstellen. Nur so kann ein vielfältiges und selbstbestimmtes Campusleben entstehen.
6. **Gesundheit und Bewegung in den Hochschulalltag integrieren**
Ein lebendiger Campus bedeutet auch, dass Sport- und Bewegungsangebote leicht zugänglich sind. Sei es durch frei nutzbare Sportplätze, Lauftreffs oder Fitnessangebote – ein aktiver Lebensstil fördert nicht nur das Wohlbefinden, sondern steigert auch die Leistungsfähigkeit und das Durchhaltevermögen im Studium.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen:

1. Die BV setzt sich dafür ein, dass Hochschulen mit den Hochschulvertretungen an den Bildungseinrichtungen mehr Begegnungsräume, darunter Aufenthaltsbereiche, Studierendencafés, Kreativzonen und Outdoor-Flächen schaffen.
2. Die BV setzt sich dafür ein, dass regelmäßige Veranstaltungen an Hochschulen gefördert werden, die das studentische Leben bereichern, darunter Festivals, Konzerte, Diskussionsrunden und interdisziplinäre Projekte.
3. Dass Freizeit-, Sport- und Erholungsangebote (wie z.B. USI-Kurse) an den Hochschulen ausgebaut werden, um das Wohlbefinden der Studierenden zu verbessern.

Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Philipp Alexander Hengl (AG): Sehr schade, war zu erwarten, tolle Liste, wird wieder kommen und dann im richtigen freue ich mich auf Gespräche, danke. (Sarah Rossmann: Das war keine Protokollierung, aber okay.) Deswegen habe ich für den Antrag gestimmt.

Laurin Weninger stellt den Antrag 18.

18:05 David Kloiber (AG) überträgt die Stimme an Philip Zörner (AG) und meldet sich ab. Philip Zörner (AG) meldet sich an.

Nina Mathies führt aus, dass sie den ersten Beschlusspunkt bereits beantworten könne – dadurch dass diese finanziell nicht besonders gut dastehe wäre das eine Fehlinvestition.

Sophia Neßler erzählt, dass bereits ein Antrag zu den Mensen im Wintersemester gestellt wurde und sie auch der Vorrednerin zustimme, dass ein Einstieg in die Mensenbetriebs GmbH keine gute Idee sei.

Stefan Zeiringer sieht, dass wenn das Unternehmen schlecht dasteht, dass dann die Anteile günstig zu haben sein könnten und durch eine Mehrheitsübernahme die studentische Perspektive besser dargestellt werden könne.

Manuel Grubmüller findet den ersten Forderungspunkt nicht gut, aber begrüßt den zweiten Forderungspunkt.

Laurin Weninger betont, dass der Antrag laut Beschluss zu prüfen sei und wundert sich, dass für antikapitalistische Fraktionen es ein Argument sei, dass etwas ein Minusgeschäft ist.

Antrag 18 – Laurin Weninger (AG)

Betr.: Bring Mensa back to ÖH

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft hat in der Vergangenheit ihre Anteile an der Mensen GmbH an den Staat abgegeben. Dass dies nicht förderlich für die Studierenden war, ist uns mittlerweile bewusst. An mehreren Standorten zogen sich die Mensen zurück, s. Innsbruck oder Graz, und in Mensen sind die Preise weit von Studierendenfreundlichkeit weg. Fälle wie Graz vielen und Innsbruck könnten sich also als Resultat dessen häufen. Daher ist es wichtig, dass die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft sich ihre Anteile der Mensen GmbH in Form einer Mehrheitsbeteiligung zurückholen soll, damit die ÖH wieder die Möglichkeit hat, hier die Kontrolle zu behalten und aktiv den Studierenden zu helfen und Problemen entgegen zu wirken.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft im Sommersemester möge daher beschließen:

- Dass die ÖH an das zuständige Ministerium herantritt um eine Möglichkeit zu prüfen Mehrheitseigentümerin der Österr. Mensen Betriebs GmbH zu werden.
- Dass die ÖH sich einsetzt, dass es in jeder Hochschulstadt ausreichend Mensenstandorte gibt, an welcher die Studierenden sich zu studierendenfreundlichen Preisen ein ausgewogenes Menü kaufen können.

15 Pro **6 Enthaltungen**
Antrag gefallen

Sören Gerrelts stellt den Antrag 19.

18:14 Tanja Steger (FLÖ) meldet sich ab. Paul Koo (FLÖ) meldet sich an.

David Mooslechner begrüßt den Antrag und dass dieser sehr konkret sei.

Selina Wienerroither stellt den Formalantrag 20.

Philipp Alexander Hengl hält eine Gegenrede.

Antrag 20 = Formalantrag – Selina Wienerroither (VSStÖ)

Betr.: Verschiebung von Antrag 19 in den Ausschuss für Bildungspolitik

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag 19 – Sören Gerrelts (AG)

Betr.: Erlassung des Studienbeitrags für arbeitende Studierende

Die arbeitenden Studierenden sind heutzutage normal. Da die wenigsten Studierenden jedoch unmöglich 40 Stunden die Woche für ihr Studium und dazu nochmals 10-40 Stunden die Woche für Arbeit aufbringen können, ist es schlichtweg nicht möglich, dass ein Studium innerhalb der Mindeststudienzeit abgeschlossen werden kann. Dass die erwerbstätigen Studierenden, die schon einen Teil zur Gesellschaft durch ihre Berufstätigkeit beitragen, dann über der Mindeststudienzeit auch noch einen vollständigen Studienbeitrag zahlen müssen, ist für uns ein Frevel. Es gab diese Befreiung bereits in Österreich, jedoch wurde sie mit dem Wintersemester 2018/2019 abgeschafft. Für uns ist daher besonders wichtig, dass diese Befreiung wieder eingeführt wird, und das nach einem fairen Modell. Studierende die erwerbstätig sind, sollten nicht dafür von der Hochschule gestraft werden, dass sie länger studieren, weil sie neben dem Studium arbeiten müssen.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge daher beschließen:

- Dass die Bundesvertretung sich dafür einsetzt, dass arbeitende Studierende durch einen Erlass des Studienbeitrags entlastet werden. Hierbei gilt folgendes Befreiungsmodell:
 - Bei geringfügiger Beschäftigung soll es eine 50-prozentige Ermäßigung und ab 20 Wochenstunden eine vollständige Befreiung geben. Im Zwischenraum soll die Gebühr anteilig reduziert werden.
 - Die Voraussetzung ist der Nachweis der Arbeitstätigkeit und das Absolvieren von mindestens 8 ECTS pro Semester.
- Die Bundesvertretung fordert weiterhin die Abschaffung von Studienbeiträgen oder Studiengebühren an öffentlichen Universitäten und an (teil-)staatlich finanzierten Hochschulen

Verschoben in Ausschuss für Bildungspolitik

Philipp Alexander Hengl stellt den Antrag 21.

Miriam Amann stellt den Gegenantrag 22 und sieht Fairness im Wahlkampf wichtig, aber auch, dass Ausmachungen zwischen Parteien erst Sinn macht, wenn man das im Konsens gemeinsam mache. Ein Beschluss der Bundesvertretung sei außerdem nur für die ÖH bindend, aber nicht für einzelne Fraktionen.

Samuel Hafner sieht kein Interesse des Referats für Öffentlichkeitsarbeit, bei allen Markierungen die dahinterstehenden Accounts zu durchleuchten. Weiters sei solches nicht möglich für APA-OTSen.

18:24 Sitzungsunterbrechung für JUNOS bis 18:34

Moritz Zoller will wissen, ob ein solches Fairnessabkommen auch für die jeweiligen Hochschulgruppen gelten solle.

Philipp Alexander Hengl erklärt, dass dieser Antrag nicht mit den Hochschulgruppen abgesprochen wurde, er aber gerne eine starke Empfehlung dafür ausspreche.

Antrag 21 – Philipp Alexander Hengl (AG, gemeinsam mit JUNOS und FLÖ)

Betr.: Fairness zwischen den Fraktionen – Wahlkampf auf Augenhöhe

Die ÖH-Wahl ist eines der wichtigsten demokratiepolitischen Elemente der Studierendenvertretung: Um eine faire und unbeeinflusste Wahl zu ermöglichen, ist es wichtig, dass sich möglichst alle wahlwerbenden Gruppen auf gewisse Verhaltensweisen einigen. Sie sollten sich zu einem fairen Wahlkampf bekennen und versichern, auf jegliches Dirty Campaigning durch die wahlwerbende Gruppe oder deren Funktionär_innen/Aktivist_innen zu verzichten und vor allem einen möglichst fairen Wettbewerb zwischen allen wahlwerbenden Gruppen zu ermöglichen. Die ÖH-Bundesvertretung hat sich in der Vergangenheit klar dazu bekannt, dass die Interessen der ÖH wichtiger sind als die Interessen einzelner Fraktionen. In der Folge hat sie eine umfangreiche Grundlage dafür geschaffen, insbesondere im Wahlkampf zur ÖH-Wahl 2025 Selbstvermarktung einzelner Personen auf Kosten der Interessenvertretung zu unterbinden. Doch es bedarf weiterer Schritte, um zwischen den wahlwerbenden Gruppen Fairness zu erreichen und einen Wahlkampf auf Augenhöhe zu ermöglichen.

DIE ÖH-BUNDESVERTRETUNG MÖGE DAHER BESCHLIEßEN:

Die ÖH-Bundesvertretung bekennt sich zu einem fairen Wahlkampf. Auf jegliches Dirty Campaigning oder Manipulationsversuche durch die beschließenden Fraktionen/wahlwerbenden Gruppen und deren Funktionär_innen oder Aktivist_innen wird verzichtet.

Um zu verhindern, dass der Außenauftritt der ÖH im ÖH-Wahlkampf 2025 durch wahlwerbende Gruppen vereinnahmt wird, um die inhaltliche Arbeit der ÖH in den Vordergrund zu stellen und um einen möglichst fairen Wahlkampf zu garantieren, trifft die ÖH-Bundesvertretung folgende Maßnahmen, die bis zur konstituierenden Sitzung der ÖH-Bundesvertretung im Sommersemester 2025 gelten:

Auf dem Instagram-Account der ÖH dürfen markierte Postings nicht mehr genehmigt werden, wenn sie von den Accounts der ÖH-Fraktionen, wahlwerbenden Gruppen, Parteien und deren Vorfeld Organisationen, sowie sonstigen parteinahen Organisationen gepostet werden.

Auf dem Instagram-Account der ÖH müssen markierte Postings, die seit dem 01.10.2023 gepostet wurden, innerhalb von sieben Tagen über die "Markierungsoption" durch die Option "In meinem Profil verbergen" verborgen werden, wenn für sie die oben angeführten Kriterien zutreffen.

Antrag gefallen aufgrund von Gegenantrag 22

Antrag 22 = Gegenantrag – Miriam Amann (VSStÖ. gemeinsam mit AG, GRAS, JUNOS, FLÖ, KSV-Lili und HERBERT)

Betr.: Gegenantrag zu Antrag 21 „Fairness zwischen den Fraktionen – Wahlkampf auf Augenhöhe“

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge beschließen:

- Die ÖH ruft in einer Mailaussendung an alle wahlwerbenden Gruppen zu einem fairen Wahlkampf auf. Auf jegliches Dirty Campaigning oder Manipulationsversuche durch die wahlwerbenden Gruppen, deren Funktionär_innen oder Aktivist_innen soll verzichtet werden.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Philipp Alexander Hengl (AG): Ich wollte mich einmal bedanken bei euch, dass ihr uns da mitmachen lasst, das zeigt wirklich, dass wir manchmal noch gemeinsam wirklich was durchziehen können, ich freue mich auf die Gespräche und hoffentlich auf ein gutes Ergebnis.

Stefan Zeiringer (AG): Ich habe für den Gegenantrag gestimmt, weil ich von einem Hochschulstandort komme, wo wir wirklich sehr fair miteinander im Wahlkampf zusammenarbeiten und ich freue mich, dass der Antrag damit auch auf Bundesebene zu diesem Thema beiträgt.

18:40 Boryana Badinska (FLÖ) meldet sich an. (bisher von David Mooslechner (FLÖ) vertreten)
18:40 Michael Pinter (FLÖ) überträgt die Stimme an David Mooslechner (FLÖ) und meldet sich ab.
18:41 David Mooslechner (FLÖ) meldet sich an.
18:41 Moritz Zoller (GRAS) meldet sich ab. Marcel Bader (GRAS) meldet sich an.
18:45 Laura Ozlberger (GRAS) überträgt die Stimme an Moritz Zoller (GRAS) und meldet sich ab. Moritz Zoller (GRAS) meldet sich an.

19:46 Sitzungsunterbrechung für GRAS bis 18:51

18:51 Maximilian Veichtlbauer (AG) meldet sich an (bisher von Elena Dvorak (AG) vertreten), überträgt die Stimme an David Siebenhofer (AG) und meldet sich ab. David Siebenhofer (AG) meldet sich an.

Paul Koo stellt den Antrag 23.

Maximilian Rosenberger sieht keine Kompetenz des Referats für wirtschaftliche Angelegenheiten in der Öffentlichkeitsarbeit und dass er nicht sehe, dass Studierende ein besonders großes Interesse am Jahresabschluss hätten und die großen Projekte bereits auf Social Media gepostet werden.

Paul Koo sieht die Finanzen als in Zahlen gegossene Politik der ÖH und sieht das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten als inhaltliche Quelle und das Referat für Öffentlichkeitsarbeit als Stelle, die diese Inhalte nach außen tragen kann.

Samuel Hafner stellt den Zusatzantrag 24.

Paul Koo sieht den Zusatzantrag als Abschwächung des Hauptantrages.

Nina Mathies will sich nicht anmaßen, die Öffentlichkeitsarbeit der nächsten Exekutivperiode durch Beschlüsse zu tangieren und sieht bereits jetzt eine Kommunikation der diversen Services auf den Sozialen Medien der ÖH. Die genaue Ausarbeitung sieht sie in der Kompetenz des Referats für Öffentlichkeitsarbeit gegeben.

Marcel Bader sieht Transparenz durch die Behandlung in den Gremien gegeben und die Öffentlichkeitsarbeit, die durch die Veröffentlichung von Jahresberichten auf der Website gegeben sind und es für Studierende relevanter sei, welche guten Projekte umgesetzt wurden als die reinen Finanzen darüber.

Paul Koo sieht die Intention des Hauptantrags darin, dass Studierenden die Sinnhaftigkeit des ÖH-Pflichtbeitrags sehen.

Viktoria Kudrna plädiert dafür, die Sinnhaftigkeit von Projekten nicht nur anhand des Preises zu bemessen.

19:23 Jorga Vahlhaus (JUNOS) meldet sich ab. Michael Pucher (JUNOS) meldet sich an.

19:26 Valentina Simschitz (VSSStÖ) meldet sich ab. Yannik Schmidt (VSSStÖ) meldet sich an.

Antrag 23 – Paul Koo (FLÖ)

Betr.: Transparente Verwendung der ÖH-Beiträge

Die Beiträge der Studierenden für ihre gesetzliche Interessenvertretung betragen im Wirtschaftsjahr 2023/2024 insgesamt 17.527.109,15 €. Um herauszufinden, was mit diesem Geld passiert, braucht es vertiefende Finanzkenntnisse bzw. Einiges an ÖH-Erfahrung. Ein großer Teil der Studierenden hat vermutlich keine Ahnung, wo dieses Geld hinfließt. Das ist ein gefährlicher Umstand, denn so wird regelmäßig der ÖH ihre Legitimation abgesprochen, obwohl mit diesem Geld umfassende Vertretungs- und Beratungsleistungen finanziert werden.

Wir verstehen die ÖH als eine offene, inklusive und transparente Institution. Um die ÖH-Arbeit für Studierende transparent zu machen, fordern wir eine aktive Kommunikation der ÖH-Finanzen.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten arbeitet in Zusammenarbeit mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit eine mehrwöchige Kampagne aus, welche Studierende über Social Media über die Verwendung der Studierendenbeiträge durch die Österreichische Hochschüler_innenschaft in verständlicher Weise und grafisch ansprechend informiert. Diese Kampagne ist im Wirtschaftsjahr 2025/2026 durchzuführen.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft veröffentlicht zusätzlich zu jedem Jahresabschluss eine Executive Summary, welche in verständlicher Weise und grafisch ansprechend die Inhalte des Jahresabschlusses kompakt zusammenfasst. Dies wird jeweils um einen Social Media Beitrag ergänzt. Diese Bestimmung ist ab dem Jahresabschluss zum 30.06.2025 anzuwenden.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 24 = Zusatzantrag – Samuel Hafner (VStÖ, gemeinsam mit GRAS und KSV-Lili)
Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 23 „Transparente Verwendung der ÖH-Beiträge“

Die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Sommersemester 2025 möge beschließen:

- Der zweite Forderungspunkt wird in die nachfolgende Formulierung abgeändert: Die Österreichische Hochschüler_innenschaft bemüht sich im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit den Nutzen sowie die Verwendung des ÖH-Beitrags für Studierende niederschwellig und transparent zu kommunizieren.
- Alle weiteren Forderungspunkte werden gestrichen.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

David Siebenhofer (AG): Ich habe für den Hauptantrag und gegen den Zusatzantrag gestimmt, weil der Zusatzantrag einfach nur den Hauptantrag mehr oder weniger so weit abschwächt, dass diese Bundesvertretung keine wirklich transparente Bundesvertretung sein möchte laut ihnen.

Martin Heider (FLÖ): Ich habe für den Hauptantrag und gegen den Gegenantrag, gegen den Zusatzantrag, Entschuldigung, ich habe ihn als Gegenantrag identifiziert, weil er einfach so wirkt gestimmt, weil ich finde dass es super wichtig ist, dass die Studierenden da ein bisschen präsentiert kriegen, wofür wir ihre Gelder beitragen und ich nicht finde, dass, ich will ja nicht der ÖH vorwerfen, dass sie nicht transparent sind, das ist ganz klar der Fall, aber es muss halt irgendwo eine Möglichkeit geben, dass die Studierenden verstehen, wo das ganze Geld hinfließt auch.

Stefan Zeiringer (AG): Ich habe für den Hauptantrag und gegen den Zusatzantrag gestimmt, weil mir einerseits wichtig ist, dass Studierende sehen, was mit ihrem Geld dann wirklich auch geschieht, einen transparenten Zugang da zu haben und wirklich einmal herzuzeigen, „schauts, da bin ich stolz darauf, dass ich Mitglied bin, weil durch meinen Beitrag wird das coole Thema umgesetzt“ und ich habe gegen den Zusatzantrag gestimmt, weil es einfach genau das Gegenteil bewirkt. Ich will einfach den Studierenden nicht sagen, was wir mit dem Geld machen, natürlich wenn ich als BWL-Student, ich kann den Jahresabschluss lesen, kann nicht jede Person und für die könnte man einen transparenten, niederschweligen, leichten Zugang machen, einfach sich zu informieren, für was unsere ÖH-Gelder ausgegeben werden.

Paul Koo (FLÖ): Ich habe für den Hauptantrag gestimmt, weil ich finde, dass Studierende verdient haben zu erfahren, wie ihr Geld verwendet wird, weil ich es den Studierenden zutraue, dass sie sich mit der Finanzverwendung der ÖH beschäftigen können und ich habe gegen den Zusatzantrag gestimmt, weil er den Hauptantrag aufweicht, so dass dieser sinnlos wird und weil ich schon finde, dass diese Art von Zusatzantrag auch satzungswidrig ist. Danke.

19:31 Peter Graser (VSStÖ) meldet sich ab. Jasmin Kunze (VSStÖ) meldet sich an.
19:31 Hannah Wachtveitl (GRAS) meldet sich ab. Sophia Polzer (GRAS) meldet sich an.

Boryana Badinska stellt den Antrag 25.
Julian Samohel stellt den Zusatzantrag 26.
Philipp Alexander Hengl sieht im Antrag die Kernkompetenz der ÖH getroffen.

Antrag 25 – Boryana Badinska (FLÖ)

Betr.: Erweiterte Befreiung von Anwesenheitspflichten

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich gegenüber dem Nationalrat und dem zuständigen Bundesministerium für eine Änderung der einschlägigen Rechtsnormen ein, welche eine erweiterte Befreiung von Anwesenheitspflichten bedingt. Dies umfasst insbesondere folgende Punkte:
 - Eine Anwesenheitspflicht bei Lehrveranstaltungen kann nur vorgeschrieben werden, wenn dies aufgrund ihrer thematischen Konzeption, ihrer spezifischen Organisation und für die Erfüllung der Lernergebnisse erforderlich ist.
 - Das Ausmaß der Anwesenheitspflicht ist in der Lehrveranstaltungsbeschreibung vor Beginn des Semesters klar zu benennen.
 - Sofern die Anwesenheitspflicht mehr als 75 % beträgt, sind verpflichtende Wiederhol- oder andere Kompensationsmöglichkeiten von Einheiten vorzusehen.
 - Hochschulen haben verpflichtend in ihrer Satzung Bestimmungen zur Regelung von Anwesenheitspflichten aufzunehmen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 26 = Zusatzantrag – Julian Samohel (HERBERT)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 25 „Erweiterte Befreiung von Anwesenheitspflichten“

An der Hochschule gibt es zwar die Möglichkeit, im Einzelfall, etwa über abweichende Prüfungsmethoden (vergl. § 59 Abs. 1 Z 12) neben der analogen Offline-Lehre auch hybride Angebote einzufordern, aus unserer Sicht stellt dies allerdings einen unhaltbaren Zustand dar, weil nicht erwartet werden kann, dass bereits von vornherein benachteiligte Studierende auch noch zusätzlich für jede Lehrveranstaltung einen gesonderten Antrag stellen. Ganz abgesehen davon profitieren am Ende des Tages alle Teilnehmer:innen einer Lehrveranstaltung davon, wenn ein hybrides Angebot allgemein vorausgesetzt und im Besonderen an die Anwesenheitsverpflichtung gekoppelt wird. Daher stellen wir zusätzlich folgende Forderung:

Die 1. ordentliche Bundesvertretungssitzung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Wintersemester 2024/25 möge daher beschließen:

- Der Antrag Erweiterte Befreiung von Anwesenheitspflichten der FLÖ ist (singemäß zwischen Pkt. 1 und 2) um folgenden Forderungspunkt zu ergänzen:
„Alle Lehrveranstaltungen, insbesondere jene mit Anwesenheitspflicht, in denen es nicht aufgrund spezifischer didaktischer Anforderungen unmöglich ist, sind standardmäßig in hybrider Form anzubieten.“

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Martin Heider stellt den Antrag 27.

Jasmin Kunze kritisiert, dass bei der Erstellung des Antrags in den letzten drei Monaten nicht geschafft wurde, einen Antragstext bis kurz vor der Sitzung zu formulieren, aber im Antrag selbst sehr spezifische Datumsangaben für die Umsetzung stünden.

19:41 Tanja Steger (FLÖ) meldet sich an. (bisher von Paul Koo (FLÖ) vertreten)

Stefan Zeiringer findet, dass es für die Umsetzung des Antrages lediglich einen Zoom-Call und eine E-Mail brauche.

19:42 Helin Havutcu (Referent_in für Studien- und Maturant_innenberatung) meldet sich an.

Martin Heider erklärt, dass das spezifische Datum deshalb gewählt wurde, um während der Antragsfrist für die Tutorien dieses Treffen stattfinden zu lassen.

Antrag 27 – Martin Heider (FLÖ)

Betr.: Vernetzungstreffen für Organisator_innen von Erstsemestrigentutorien

Aller Einstieg ist schwer, vor allem wenn man als recht junge Person oft auch zum ersten Mal in einer neuen Stadt zu studieren beginnt. Hierfür gibt es von der ÖH eine Unterstützung für lokale Studienvertretungen, Tutor_innen auszubilden, die ihre eigenen Erfahrungen an neue Studis weitergeben können. Wir hören dauerhaft von Studierenden, dass das E-TUT die wichtigste und hilfreichste Einführung ins Studium ist, da direkt auf Fragen und Probleme eingegangen wird. Die lokalen Studienvertretungen bilden das Herz und die erste Anlaufstelle der ÖH und wissen am besten, welche Infos für den Studienstart relevant sind. Es braucht jedoch mehr Möglichkeiten, die Vernetzung der E-TUT Organisator_innen zu verbessern und auch das gesamte Projekt durch erfahrene und überzeugte Personen auf weitere Hochschulen zu bringen. Außerdem ändern sich regelmäßig die Richtlinien des E-TUT, wie es auch für diese Sitzung geplant ist, und ein solches Treffen hilft auch, dass Formfehlern vorgebeugt werden können.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Das Referat für Bildungspolitik veranstaltet in der Woche von 26. Mai 2025 - 01. Juni 2025 oder in der Woche von 02. - 08. Juni 2025 ein Vernetzungstreffen für die Organisator_innen von Erstsemestrigentutorien. Der Termin des Vernetzungstreffens wird spätestens am 01. April 2025 angekündigt und über entsprechende Mailverteiler ausgeschickt.
- Das oben genannte Treffen findet virtuell statt und umfasst zumindest die folgenden Tagesordnungspunkte:
 - Vorstellung des Tutoriumsprojektes für Anwesende, die noch keine Erfahrungen haben
 - Antragsrichtlinien und was bei der Antragstellung besonders bedacht werden muss
 - Raumsituation für Erstsemestrigentutorien an den jeweiligen Hochschulen
 - Konzepte der Gestaltung der Tutorien der unterschiedlichen Organisator_innen

Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Stefan Zeiringer (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt, weil ich es eine coole Idee finde, wenn man die Etut-Leute zusammenbringt und nochmal untereinander Ideen austauschen kann und ich glaube, dass es jedes Bildungspolitische Referat einer Bundes-ÖH schaffen sollte, einen Zoom-Link zu erstellen, die Leute einzuladen und das Meeting abzuhalten.

Laurin Weninger (AG): Ich habe für den Antrag gestimmt, weil ich prinzipiell alles, was Tutoriumsprojekte betrifft für förderungswichtig und –mäßig halte und dass dieser Forderung nicht erfolgt, weil eine Stunde Zoom-Meeting abhalten oder den Link erstellen zu viel Arbeit ist finde ich extrem schade.

Martin Heider (FLÖ): Ich habe für den Antrag gestimmt, weil ich ihn super wichtig finde, eine super Möglichkeit finde für Organisator_innen vom Estut sich gemeinsam zu treffen, vor allem auch, dass es die Möglichkeit gibt sich während der Antragsfrist einmal zu reden und interessanterweise auch nicht wirklich irgendwelche Gegenargumente gehört habe außer dass wir aus Versehen keinen Antragstext dabei gehabt haben.

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe für den Antrag gestimmt, weil ich selber in einem Etut-Seminar teilgenommen habe und das super sinnvoll gefunden habe, ich glaube, wenn sich die Organisator_innen da noch mal austauschen würden, das auf jeden Fall die Arbeit die Arbeit bereichern würde, wird's jetzt leider nicht geben. Schade für sie.

Philipp Alexander Hengl (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt, weil ich selber einmal Tutor war und in der selben Situation war wo jemand steckt, wenn er das erste Mal so etwas Großes übernimmt. Zusätzlich wollte ich noch etwas dazu sagen, ich habe als Kind immer gern Aladin geschaut, da gibt es so einen Djinni, der erfüllt drei Wünsche, und ein Wunsch (Nina Mathies: Du darfst nur dein Stimmverhalten protokollieren, zur Satzung. Zur Satzung!) alle Mandatäre der Exekutive (Sarah Rossmann: Es gibt ein zur Satzung, du darfst nur dein Stimmverhalten protokollieren). Entschuldigung.

David Mooslechner stellt den Antrag 28.

Jasmin Kunze betont, dass es sehr wichtig sei, nachhaltige Perspektiven und Ethik gemeinsam zu sehen und die sozialökologische Transformation der Universitäten voranzutreiben.

David Siebenhofer will wissen, ob mit dem Ausschluss von Firmenvorstellungen lediglich fossile Unternehmen gemeint seien oder alle.

David Mooslechner meint damit, dass fossile Unternehmen gemeint seien, um die Realität an technischen Hochschulen besser abbilden zu können.

Manuel Grubmüller ist skeptisch und sieht einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit.

David Siebenhofer wünscht sich eine Klarifizierung, dass Unternehmen im Gesamten nicht ausgeschlossen werden sollen.

David Mooslechner entgegnet, dass sich der Antrag für Ethikplattformen einsetzen solle und nicht jedes Detail regeln soll.

19:56 Martin Heider (FLÖ) meldet sich ab. Lukas Wurth (FLÖ) meldet sich an.

Julian Samohel fragt, ob es bereits ein Modell für solche Plattformen gäbe, weil der Antrag sehr elaboriert wirke.

Lukas Wurth repliziert auf Manuel Grubmüller, dass bei der Regelung für Drittmittelprojekte die Wissenschaftsfreiheit nicht eingeschränkt werde, sondern diese gefördert wird.

Sarah Rossmann bittet um Beachtung der Redner_innenliste, weil in den letzten 10 Wortmeldungen lediglich eine FLINTA*-Person geredet hätte.

Antrag 28 – David Mooslechner (FLÖ)

Betr.: Für ethische Reflexion und gegen klimaschädliche Forschung

Die Klimakrise gefährdet jegliches Leben auf unserem Planeten und deren Bewältigung ist damit die Herausforderung unserer Zeit. Hochschulen stehen in einer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung und haben Vorhaben in Forschung und Lehre im Hinblick auf ihre Klimaverträglichkeit und ethischen Dimension zu prüfen. Dieser Antrag zielt darauf ab, die Implementierung einer Ethikplattform, so wie sie etwa auf der Universität für Bodenkultur existiert, bundesweit zu verpflichten.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich gegenüber allen relevanten Stakeholder_innen dafür ein, dass Ethikplattformen an allen Hochschulen verpflichtend eingerichtet werden. Die Besetzung der Plattformen erfolgt paritätisch zwischen den Kurien, so dass studentische Perspektiven auf Augenhöhe eingebracht werden können.

- Diese Ethikplattformen haben sich mit den ethischen Dimensionen von Forschungsprojekten und Lehrveranstaltungsinhalten zu befassen, einschließlich der Prüfung auf mögliche Diskriminierung und gesellschaftliche Auswirkungen der Forschung. Die Plattformen geben verbindliche Arbeitsgrundlagen, in denen Ziele, Grundsätze und Aufgaben festgehalten werden und denen ein mehrdimensionaler Nachhaltigkeitsbegriff zugrunde liegt. Insbesondere hat die Ethikplattform dafür Sorge zu tragen, dass keine Forschungsvorhaben, die darauf abzielen, Menschen auszubeuten und Lebensgrundlagen zu zerstören, umgesetzt werden. Ebenfalls im Aufgabengebiet der Ethikplattformen liegt die Prüfung auf mögliche Diskriminierung in geplanten Forschungsvorhaben.
- Diese Ethikplattformen haben sich mit der Herkunft von Drittmitteln zu befassen und für deren Offenlegung zu sorgen. Insbesondere hat die Ethikplattform dafür Sorge zu tragen, dass finanzierte Kooperationen mit fossilen Unternehmen nur durchgeführt werden, wenn die Mittel nachweislich ökologisch nachhaltiger Forschung und der Transformation des Energiesektors dienen. Keinesfalls dürfen sich Hochschulen für Greenwashing-Kampagnen instrumentalisieren lassen. Dies schließt Bewerbungsangebote (Firmen-Vorstellungen in Lehrveranstaltungen, Stände, etc.) an der Hochschule aus. Ebenso müssen parallel Veranstaltungen stattfinden, die die Unternehmen kontextualisieren und sie dennoch als die größten Treiber der Klimakrise benennen. Langfristig muss das Ziel sein, jegliche Finanzierung von und Kooperationen mit fossilen Unternehmen zu beenden.
- Sind Forschungsvorhaben nicht mit den Anforderungen der Ethikplattform vereinbar, dürfen diese nicht umgesetzt werden. Passiert eine Umsetzung dennoch, hat die Ethikplattform die Kompetenzen, einen Stopp der Vorhaben einzuleiten und Konsequenzen für den die PI zu erwirken.

6 Contra 5 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Tanja Steger stellt den Antrag 29.

Fabian Haslwanter begrüßt, dass die Aufnahmeverfahren evaluiert werden aber kritisiert, dass bereits inhaltlich mitgegeben werde, dass eine Abschaffung angestrebt werde.

20:03 Jasmin Kunze (VSStÖ) meldet sich ab. Peter Graser (VSStÖ) meldet sich an.

Tanja Steger verweist auf eine bereits vorhandene Evaluierung 5 Jahre nach Einführung der Aufnahmeverfahren und dass der Antrag darauf abziele, neue Datenlage zu schaffen für die Argumentation.

Nina Mathies verweist auf das Regierungsprogramm und die dort verankerte Evaluierung. Die ÖH soll sich in dem Zuge dafür einsetzen, die Aufnahmeverfahren abzuschaffen.

Antrag 29 – Tanja Steger (FLÖ)

Betr.: Evaluierung von Aufnahmeverfahren

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Der/Die Vorsitzende der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und seine/ihre Stellvertreter_innen setzen sich gegenüber der Bundesregierung, insbesondere gegenüber dem zuständigen Bundesministerium, dafür ein, dass die geplante Evaluierung der bestehenden und geplanten Aufnahmeverfahren schnellstens durchgeführt wird. Dabei drängt der/die Vorsitzende der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und seine/ihre Stellvertreter_innen auf einen Abbau von Aufnahmeverfahren.
- Die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft setzt sich dafür ein, in die Ausarbeitung, Durchführung und Auswertung der Evaluierung mit einbezogen zu werden.
- Die Evaluierung muss zumindest folgende Punkte beinhalten:

- o soziale Durchlässigkeit
- o Kostenfaktor und zeitlicher Aufwand für Studieninteressierte
- o Kostenfaktor und zeitlicher Aufwand für Hochschulen
- o von den Hochschulen angegebene Gründe für die Notwendigkeit der Aufnahmeverfahren
- o Unterschiede zwischen Studiengängen mit und ohne Aufnahmeverfahren zumindest in Hinsicht auf: Drop out Rate, Abbruchquote nach dem ersten Studienjahr, Prüfungsaktivität, Zufriedenheit im Studium, Zufriedenheit mit der Studienwahl, Studiendauer, Betreuungsverhältnisse

o Contra 5 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Sandra Winkler stellt den Antrag 30.

Tamara Schulz erinnert, dass ihr Referat Beratungen anbietet, Stellungnahmen schreibt, die Vorsitzendenkonferenz organisiert sowie eigene Ministeriumstermine hat nebst weiteren Stakeholder-Terminen und Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und das mit zwei Ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, weswegen der Besuch aller Hochschulen für sie nicht möglich sei. Sie habe einen Rundruf zu Beginn der Exekutivperiode gemacht, dass man sich melden könne wenn ein Besuch gewünscht werde, bei dem eine Rückmeldung zustande kam und würde dieses System so fortführen.

Philipp Alexander Hengl will den Antrag nicht unterstützen, weil er die Personen in Funktion nicht auf der Hochschule sehen will.

Sandra Winkler will nicht, dass das Referat für pädagogische Angelegenheiten an allen Hochschulen Präsenz zeigen muss sondern das Referat für Öffentlichkeitsarbeit und der Vorsitz sich darum kümmern, dass während jedes Jahres mindestens eine ehrenamtliche Person an jeder Hochschule war.

Krisztina Kamensky begrüßt den Antrag in dem Sinn, dass auch kleinere Standorte besucht werden aber weiß auch, dass dies zeitlich sehr fordernd sei.

Paul Koo sieht in dem Antrag eine Weiterentwicklung der ÖH-Partizipationskampagne und falls die Ressourcen der ÖH dafür nicht reichen sollten, sollten diese erhöht werden.

Nina Mathies rechnet vor, dass Stände auf allen Hochschulen bedeuten würde, dass nach Abzug von Wochenenden und Feiertagen die Hälfte aller Funktionstage blockiert wären und sieht es nicht sinnvoll, wahllos Ehrenamtliche hinzuschicken, weil die Personen aus dem Vorsitzteam eine repräsentative Funktion hätten.

Stefan Zeiringer findet, dass die ÖH Bundesvertretung dorthin gehen sollte, wo die Vertretungsarbeit nicht funktioniert oder es gar keine Strukturen gäbe, weil alle Hochschulen einfach zu viel seien.

Sandra Winkler (HV FH Kufstein Tirol): Ich will aber noch einmal betonen und das auch zu Protokoll geben, wir schätzen wirklich eure BV-Arbeit, die sehen wir auch, ich finds trotzdem schade, dass dieser Antrag jetzt abgelehnt wird von den meisten Fraktionen, weil es halt trotzdem eine Möglichkeit gewesen wäre und es ist ja auch schon erwähnt worden, es gibt HVen, die haben keine Liste oder keine große Liste, das droht vor allem Fachhochschulen bei der nächsten Wahl, dass da zusätzlich noch mehr starke und wichtige HVen auseinander fallen und grade in solchen Fällen wäre es halt gut gewesen, wenn man da einmal durch alle HVen durchgeht und mal gewisse Themen anspricht, grad außerhalb von Wien, das wird jetzt leider nicht geschehen, was ich sehr schade finde. Danke.

Antrag 30 – Sandra Winkler (HV FH Kufstein, gemeinsam mit FLÖ)

Betr.: Mehr Präsenz der Bundesvertretung an allen Hochschulen

Viele Hochschulen, vorrangig außerhalb von Wien, haben längst den Bezug zur Bundesvertretung verloren. Studierende fühlen sich nicht ausreichend von der BV vertreten, da sie kaum direkte Berührungspunkte mit ihrer Arbeit haben. Das spiegelt sich natürlich auch in der ÖH-Wahl wider.

Wenn die ÖH-Bundesvertretung wirklich eine Vertretung für alle Studierenden sein möchte, muss sie ihre Präsenz an sämtlichen Hochschulen verstärken und den direkten Austausch mit den Hochschulvertretungen sowie den Studierenden vor Ort suchen.

Der bloße Besuch einzelner Mitglieder der BV mit einem Roll-Up für wenige Minuten reicht nicht aus, um das Vertrauen in die Bundesvertretung zu stärken. Es braucht eine strukturierte, kontinuierliche und verbindliche Präsenz an allen Hochschulstandorten, um die Anliegen der Studierenden ernst zu nehmen und aktiv in hochschulpolitische Prozesse einzubinden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit führt gemeinsam mit dem Referat für Fachhochschulangelegenheiten und dem Referat für pädagogische Angelegenheiten eine ÖH-Tour durch, in der an jeder Hochschule mindestens ein_e Ehrenamtliche_r der Österreichischen Hochschüler_innenschaft in persönlichen Kontakt mit der Hochschulvertretung tritt. Die ÖH-Tour findet im Zeitraum Sommersemester 2025 - Sommersemester 2026 statt.
- Ehrenamtliche der Österreichischen Hochschüler_innenschaft bieten mindestens einmal pro Semester an Hochschulen außerhalb Wiens persönliche Sprechstunden an. Dies wird gemeinsam mit den lokalen Hochschulvertretungen organisiert, um den Austausch zwischen Bundes- und Hochschulvertretungen zu intensivieren.

Antrag gefallen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Nina Mathies (VSSStÖ): Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, weil wir im Vorsitzteam der Bundes-ÖH alles dafür tun, um die Reputation der Bundesvertretung und der ÖH an den Standorten aufzubauen und das geht aber nur mit Maß und Ziel, wenn wir unsere anderen Verantwortungen die wir hier in der Bundesvertretung haben, auch ernst nehmen möchten. Mir ist es wichtig, politische Verhandlungsarbeit zu machen, gerade mit einer neuen Regierung, mir ist es auch wichtig, die ÖH an die Studierenden zu bringen. Ich kann nicht jeden Tag an einer Hochschule in ganz Österreich stehen, irgendwo muss man Kompromisse machen und sich die Zeit, die man hat, im Vorsitzteam aufteilen – das was wir tun, ist das was wir machen können, ihr könnt's uns glauben, dass wir wirklich in der Woche 70 Stunden im Büro sitzen und an der ÖH-Arbeit arbeiten und diesen Antrag fand ich eine völlige Zumutung und einen Fehltritt.

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe mich bei dem Antrag enthalten, weil ich diese ganze Sache aus zwei Richtungen sehe – einerseits bin ich selber HV-Vorsitzende gewesen und mittlerweile zweite stellvertretende Vorsitzende und an einem kleinen Standort tätig, wo ich natürlich absolut verstehen kann, dass man Unterstützung von der Bundes-ÖH braucht, andererseits kann ich natürlich nachvollziehen, dass persönliche Ressourcen von der ÖH, vor allem was Personelles betrifft, natürlich eng sind und es schwierig machbar ist an allen Standorten in ganz Österreich Präsenz zu zeigen.

Philipp Alexander Hengl stellt den Antrag 31.

Antrag 31 = Initiativantrag – Philipp Alexander Hengl (AG)

Betr.: Sichtbare Live-Untertitel bei Sitzungen der Bundesvertretung

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft möge beschließen:

- Dass die Möglichkeit evaluiert wird, künftig bei Sitzungen der Bundesvertretung automatisch generierte Live-Untertitel gut sichtbar und lesbar im Sitzungsraum anzuzeigen.
- Die Ergebnisse dieser Evaluierung sind bei der 2.o.BVSitzung im SoSe 2025 zu präsentieren.

1 Contra 0 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Krisztina Kamensky (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt, logischerweise, weil das die Barrierefreiheit in diesem Raum um Einiges steigern würde und die Sitzungen einfach qualitativ besser machen würden, vor allem für Menschen mit einer Behinderung.

Laurin Weninger (AG): Ich habe ebenfalls natürlich für diesen Antrag gestimmt, da es der Barrierefreiheit hilft und ich finde es erschreckend, dass nicht jeder in diesem Raum dafür ist.

TOP 5 – Berichte der Ausschussvorsitzenden

Sarah Rossmann überträgt die Sitzungsleitung an Simon Neuhold.

20:31 Sitzungsunterbrechung bis 21:01

21:02 Maximilian Veichtlbauer (AG) meldet sich an. (bisher von David Siebenhofer (AG) vertreten)

21:01 Felix Gosch (VSSStÖ) meldet sich ab. Marie Pointner (VSSStÖ) meldet sich an.

21:03 Viktoria Feichtinger (AG) meldet sich ab. Christina Seiringer (AG) meldet sich an.

21:03 Timo Hilger (2. stv. Vorsitzender HV Universität für Bodenkultur Wien) meldet sich an.

21:03 Lukas Wurth (FLÖ) meldet sich ab. Martin Heider (FLÖ) meldet sich an.

21:04 Pia Maria Graves (1. stv. Vorsitzende HV TU Wien) meldet sich an.

Maximilian Veichtlbauer berichtet für den Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Es gab seit der letzten BV-Sitzung 2 Ausschuss-Sitzungen, einen im Jänner 2025, einer im März. Es wurde ein Dienstvertrag im Ausschuss nachträglich beschlossen, weil er durch eine Gehaltserhöhung über die Beschlussgrenze gekommen ist, zukünftig wurde ausgemacht, vorsorglich alle Dienstverträge durch den Ausschuss beschließen zu lassen.

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 32.

Antrag 32 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Progress I

Die Wahlausgabe des Progress soll umfassender und größer werden, als die normalen Ausgaben. Zu ihrem Druck wurden Angebote eingeholt, wobei es sich hierbei als komplizierter erwiesen hat als sonst, Druckereien zur Angebotslegung zu begeistern. Aufgrund des erhöhten Druckvolumens und der höheren Seitenzahl haben viele Druckereien leider abgesagt und von einer Angebotslegung abgesehen.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

Druck und Versand der nächsten progress Ausgabe bei der Druckerei Markus Putz, nach dem von der Druckerei gestellten Angebot, in einer Auflage von 60.000 Stück, sowie Versandkosten durch die Post AG bis zu max. 20.000,00 € zu genehmigen.

Antrag mehrheitlich angenommen

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 33.

Antrag 33 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Website Studieren Probieren

Um einerseits die User_innenfreundlichkeit der Studieren Probieren Website zu erhöhen, andererseits aber auch auslaufenden Sicherheitszertifikaten entgegenzuarbeiten, soll eine neue Website in Auftrag

gegeben werden. Dabei würden wir gerne mit Convive* zusammenarbeiten, da deren Angebot das günstigste ist, sie den geplanten Zeitplan einhalten und im persönlichen Kontakt rund um die Angebotseinholung einen guten Eindruck hinterlassen haben.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Das Angebot der Firma Convive*, zur Erstellung einer Website für Studieren Probieren, anzunehmen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Maximilian Veichtlbauer stellt die Anträge 34 bis 38.

Antrag 34 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Personal: Isabella Fronhofer

Der Dienstvertrag der Dienstnehmerin Isabella Fronhofer soll wie in der Aktennotiz beschrieben, geändert werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Die Aktennotiz „Aktennotiz_FronhoferStundenerhöhung“ in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 35 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Personal: Simon Laburda

Der Dienstvertrag des Dienstnehmers Simon Laburda soll wie in der Aktennotiz beschrieben, geändert werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Die Aktennotiz „Aktennotiz_Laburda Stundenerhöhung“ in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 36 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Personal: Peter Marhold

Der Dienstvertrag des Dienstnehmers Peter Marhold soll wie in der Aktennotiz beschrieben, geändert werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Die Aktennotiz „Aktennotiz Marhold Gehaltserhöhung“ in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 37 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Personal: Simon Pfeifenberger

Der Dienstvertrag des Dienstnehmers Simon Pfeifenberger soll wie in der Aktennotiz beschrieben, geändert werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Die Aktennotiz „Aktennotiz Pfeifenberger Gehaltserhöhung“ in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 38 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Dienstvertrag: Regina Rücklinger

Im Referat für Bildungspolitik soll eine neue Person für die Rechtsberatung angestellt werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Den Dienstvertrag mit Regina Rücklinger in der dem Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten vorliegenden Form zu genehmigen.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Maximilian Veichtlbauer (AG): Ich habe für den Antrag gestimmt, weil die Einstufung vom Rechtsanwalt freigegeben wurde.

Maximilian Veichtlbauer stellt die Anträge 39 und 40.

Antrag 39 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: ÖH Helpline

Nach der letzten Änderung des Vertrages mit dem Verein für Psychotherapie zur ÖH Helpline und dem damit einhergehenden Wegfall der Deckelung müssen die Zahlungsmodalitäten angepasst werden. Konkret soll von einer jährlichen auf eine monatliche Abrechnung gewechselt werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Der Vertrag mit dem Verein für Psychotherapie bezüglich ÖH Helpline wird entsprechend der vorliegenden Version genehmigt.

Contra Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Antrag 40 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Wirtschaftsprüfung 2024_25

Die Bundesvertretung hat gemäß § 11 Abs 1 Z 5a einen Beschluss über die Bestellung des_der Wirtschaftsprüfer_in für das Wirtschaftsjahr 2024_25 zu fassen.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

Das Angebot von Logos wie angehängt zu genehmigen.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 41.

Nina Mathies stellt den Zusatzantrag 42.

Maximilian Veichtlbauer erklärt, dass es in der Sache einen regen Austausch zwischen Vorsitz, Wirtschaftsreferat und ihm als Ausschussvorsitzenden gegeben hat. Die Ballonhalle ist nicht als geeignet empfunden worden, weil es in den Innenräumen zu wenig Platz gegeben hätte. Das Palais Ferstel war im Erstangebot teurer, mit dem Mobiliar könnte es zwar günstiger sein, aber das Tramwaymuseum wurde als passender zur ÖH gesehen. Des Weiteren wird alles an Essen, das nicht verzehrt wird an die Tafel gespendet und kann damit noch einen guten Zweck erfüllen und zusätzlich brauchen sie die finalen Anmeldezahlen erst eine Woche im Vorhinein.

Paul Koo wird sich bei dem Antrag enthalten, weil er prinzipiell das Ansinnen unterstützt, 80 Jahre ÖH zu feiern, aber der Ansicht ist, das wäre günstiger gegangen.

Antrag 41 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: 80 Jahre ÖH: Feier

Zur Feier des 80-jährigen Bestehens der Österreichischen Hochschüler_innenschaft soll ein Fest ausgetragen werden. Die Feier soll einen festlichen Rahmen für 400 Personen bieten. Es wurden Angebote von unterschiedlichen Locations in Wien eingeholt. Nach Evaluierung der Angebote, soll das Fest im Wiener Tramwaymuseum stattfinden. Da die meisten angefragten Locations exklusive Partner_innen in Sachen Catering, Technik oder anderen zusätzlichen Kosten haben, sind die Angebote hier aufgeschlüsselt, aber als zu einer Location zugehörig zu betrachten.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass viele weitere Angebote eingeholt wurden die hier aus anderen Gründen nicht aufgeführt sind. Der Festsaal der Ankerbrot Fabrik wurde als zu klein befunden, Räumlichkeiten im Museumsquartier auch als zu klein, beziehungsweise zu verschachtelt. Räumlichkeiten der Sophiensäle wurden ausgeschlossen, da die Location am entsprechenden Tag nicht frei ist.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Das Angebot des Wiener Tramwaymuseum - WTM (25062701 WTM-Angebot an OeH) zur Austragung der 80 Jahre ÖH Feier, anzunehmen.
- Das dazugehörige Eventtechnik- und Bühnenangebot der Viennasound Studios VRC GmbH (A59062701 VRC Eventtechnik-Angebot an OeH) anzunehmen.
- Das dazugehörige Catering Angebot der Cateringkultur GmbH (ÖH 27.06.25 Tramwaymuseum I) anzunehmen.

5 Contra 6 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag 42 = Zusatzantrag – Nina Mathies (Vorsitz)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 41 „80 Jahre ÖH: Feier“

Für die Feier zum 80 Jahre ÖH Jubiläum fallen zusätzlich zum Catering Kosten für das Mobiliar an. Diese werden zeitnah zur Veranstaltung beim Wiener Tramwaymuseum dazugebucht. Bei der Bestellung des Mobiliars wird auf Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit geachtet

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Vorsitzende_r und Wirtschaftsreferent werden ermächtigt für die 80 Jahre Feier ein Angebot für Mobiliar beim Wiener Tramwaymuseum in Höhe von bis zu EUR 25.000 brutto anzunehmen.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Maximilian Veichtlbauer (AG): Ich war für den Hauptantrag und für den Zusatzantrag, dass wenn wir schon auf der Location sind, wir zumindest auch eine Location haben wo es Tische und Sessel gibt. Und es ist abstrus, wenn man gegen den Zusatzantrag ist.

Nina Mathies spricht eine Einladung für die gesamte Bundesvertretung zu der 80-Jahre Feier aus, die am 27. Juni in der Remise stattfinden wird.

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 43.

Marcel Bader stellt den Gegenantrag 44.

Maximilian Veichtlbauer bittet, den Gegenantrag anzunehmen.

Antrag 43 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Unterkunft ESU Board Meeting 90

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft wird das Board Meeting im Herbst 2025 hosten. Dafür müssen sowohl eine Tagungslocation als auch Unterkünfte für die Mitglieder des Boards und das ESU-Team gefunden werden. Die Suche nach einer passenden Location gestaltet sich hier als schwieriger als ursprünglich geplant. Insbesondere, da Tagungsort und Nächtigungsmöglichkeit aus Wirtschaftlichkeitsgründen auseinandergezogen werden sollen.

Um hier flexibel zu bleiben soll dieser Beschluss es dem_der Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Referenten für wirtschaftliche Angelegenheiten ermöglichen, eine geeignete Unterkunft zu finden und zu fixieren.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

Es wird der Abschluss eines Rechtsgeschäftes über die Unterkunft für das ESU Board Meeting im Herbst 2025 durch den_die Vorsitzende_n im Einvernehmen mit dem Referenten für wirtschaftliche Angelegenheiten genehmigt.

Das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten holt hierzu drei Angebote ein und legt diese dem Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten vor. Dieser fasst nach den rechtlichen Vorgaben einen Beschluss über die Annahme des bestgeeigneten aus. Dieser Beschluss wird sodann von der Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Referenten für wirtschaftliche Angelegenheiten ausgeführt. Der Beschluss des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten wird der nächstfolgenden Bundesvertretungssitzung zur Bestätigung vorgelegt.

Antrag gefallen aufgrund von Gegenantrag 44

Antrag 44 = Gegenantrag – Marcel Bader (Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Gegenantrag zu Antrag 43 „Unterkunft ESU Board Meeting 90“

Seit der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten am 10. März 2025 war es möglich eine Unterkunft in örtlicher Nähe zu einem Tagungsort zu finden. Dementsprechend soll dieses Angebot direkt beschlossen werden

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Das Angebot des B&B-Hotel Wien wie im Anhang beigefügt (_Hotel_Angebot_B&B Hotel Wien HBF) unter der Berücksichtigung der bereits per Mail zugesicherten Adaptierung (_Hotel_Angebot_B&B Hotel Wien HBF Zusatz) sowie das Angebot von Cape 10 wie im Anhang beigefügt (_Venue_Angebot_CAPE 10) zu genehmigen.

Antrag mehrheitlich angenommen

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 45.

Antrag 45 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: NKS Maskenball

Die Hochschulvertretungen der Modul University, Lauder Business School und Charlotte Fresenius Privatuniversität möchten gemeinsam einen Maskenball im Herbst veranstalten. Hauptveranstalter_in ist dabei die Hochschulvertretung der Modul University, die Hochschulvertretungen der LBS und der Charlotte Fresenius schießen Geld hinzu und sind in die Planung eingebunden. Jegliche Verringerung der Ausgaben soll daher auch nicht aliquot aufgeteilt, sondern vom Budget der HV Modul University abgezogen werden. Die Veranstaltung soll im Palais Auersperg stattfinden, der günstigsten der drei Angefragten Locations. Die Budgets von HV Modul und HV LBS sollen gegebenenfalls aus deren Rücklagen finanziert werden.

Die jeweiligen Bildungseinrichtungen wurden für Sponsoring angefragt, hier steht die genaue Summe noch aus. Von Seiten der Modul Universität gibt es eine informelle Zusage, im Falle offener Kostenpunkte für Kostendeckung der Veranstaltung zu sorgen. Tickets werden in unterschiedlichen Kategorien angeboten. Sollte aus der Veranstaltung durch Einnahmen ein Erlös entstehen, so wird dieser gespendet.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Der vorliegende Kostenplan und die von der HV Modul University, der HV Lauder Business School und der HV Charlotte Fresenius Privatuniversität bereit gestellten Budgets nach dem vorliegenden Kostenplan zu genehmigen.
- Das Angebot von Meta Stadt für die Abhaltung des Maskenballs im Palais Auersperg anzunehmen.
- Einnahmen durch die Veranstaltung in Höhe von bis zu EUR 35.000,- zu genehmigen, die nur zur Kostendeckung genutzt werden sollen. Der Überschuss der daraus gegebenenfalls entsteht soll gemeinnützig gespendet werden.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 46.

Antrag 46 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Progress II

Mit Juni 2025 soll ein weiteres Progress gedruckt werden. Dadurch erscheint im laufenden Wirtschaftsjahr die vierte und letzte Ausgabe.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Druck und Versand der nächsten progress Ausgabe bei der Druckerei Markus Putz, nach dem von der Druckerei gestellten Angebot, in einer Auflage von 45.000 Stück, sowie Versandkosten durch die Post AG bis zu max. 20.000,00 € zu genehmigen.

Antrag mehrheitlich angenommen

21:28 Maximilian Veichtlbauer (AG) überträgt die Stimme an David Siebenhofer (AG) und meldet sich ab. David Siebenhofer (AG) meldet sich an.

David Mooslechner berichtet für den Ausschuss für Sozialpolitik.

Es gab einen Antrag im Ausschuss zum Thema Steuertipps, dieser wurde diskutiert und hat zu einem Antrag geführt der in die Bundesvertretung eingebracht wird.

David Mooslechner stellt den Antrag 47.

Antrag 47 – David Mooslechner (Ausschuss für Sozialpolitik)

Betr.: Steuertipps

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Das Referat für Sozialpolitik setzt sich mit dem Thema: Studieren, Arbeiten und Steuern auseinander und erarbeitet, wie Informationen hierzu an Studierende besser herangetragen werden können.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

David Siebenhofer berichtet für den Ausschuss für Bildungspolitik.

Es gab eine Ausschuss-Sitzung, es wurden Anträge besprochen die in die Bundesvertretung eingebracht wurden. Aus dem Ausschuss selbst gibt es keine Anträge.

Paula Rossi berichtet für den Ausschuss für Sonderprojekte.

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet bei der 1. BV-Sitzung des Wintersemesters 2024/25, diese hat sich unter Leitung von Sebastian Aste bereits einmal getroffen und dort wurde entschieden, mit der Überarbeitung nicht zu übereilen und einen Antrag auf Verlängerung der Arbeitsgruppe zu stellen.

Paula Rossi stellt den Antrag 47.

Antrag 47 – Paula Rossi (Ausschuss für Sonderprojekte)

Betr.: ÖH Sopro Agru Verlängerung

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Richtlinien des ÖH Topfes für Sonderprojekte unter der Leitung von Sebastian Aste bis 30.6. zu verlängern. Die erarbeiteten neuen Richtlinien sollen in der 2. ordentlichen BV Sitzung im Sommersemester 2025 beschlossen werden und mit 1.7. in Kraft treten.

o Contra o Enthaltungen

Antrag einstimmig angenommen

Paula Rossi berichtet für den Ausschuss für Gleichstellungsfragen.

Es gab einen Ausschusstermin, dort wurde sich ausgetauscht. Anträge aus dem Ausschuss gibt es keine.

Maximilian Veichtlbauer berichtet für den Ausschuss für internationale Angelegenheiten.

Es gab eine Ausschuss-Sitzung, dort wurde berichtet und ein Antrag für die Bundesvertretung gefasst.

Maximilian Veichtlbauer stellt den Antrag 49.

Antrag 49 – Maximilian Veichtlbauer (Ausschuss für internationale Angelegenheiten)

Betr.: Entsendung ESU Board Meeting 89

§ 32 (2) HSG: Die Entsendung von Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertretern insbesondere in staatliche Behörden und von Delegierten in internationalen Studierendenorganisationen durch die Bundesvertretung erfolgt nach dem Wahlverfahren gemäß § 52 auf Grund eines Beschlusses der Bundesvertretung, wobei eine Person jedenfalls durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zu nominieren ist.

Bei der Entsendung ist über einen Gesamtvorschlag abzustimmen.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft wird auf dem 89. Board Meeting der European Students' Union 2025 in Banja Luka, Bosnien Herzegowina, von Franziska Sophia Knogler und Elena Furthmayr vertreten, Ersatz sind Jana Hauss und Antonia Riegler.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Maximilian Veichtlbauer (AG): *Ich hab gegen diesen Antrag gestimmt, weil dieser Antrag die gesetzlichen Bestimmungen des HSG nicht erfüllt, weil die Aktionsgemeinschaft nicht gefragt wurde, ob sie jemanden entsenden soll obwohl das im HSG vorgesehen wäre und es ist glaub ich jetzt dann ESU-Aufsichtsbeschwerde fünf.*

Martin Heider berichtet für den Ausschuss für Tutorien.

Es gab einen etwas längeren Ausschuss-Termin, weil auch die Lehrgangleitung des Trainer_innenlehrgangs dabei war. Zusätzlich wurden Richtlinienänderungen besprochen.

Martin Heider stellt den Antrag 50.

Boryana Badinska begrüßt den Antrag, aber gibt zu bedenken, dass die Trainer_innenliste dann überarbeitet werden soll, damit die Projektleitungen nicht gender-assuming anhand der Namen betreiben müssen.

Antrag 50 – Martin Heider (Ausschuss für Tutorien)

Betr.: FLINTA*-Quote für Trainer_innen

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft möge beschließen, dass der Unterpunkt a des Punktes 15 (Trainer_innen) in den Richtlinien für Tutorien um eine Flinta*-Quote für Trainer_innen wie folgt ergänzt wird:

a. Für bis zu 12 Teilnehmer_innen wird ein_e Trainer_in genehmigt, bei Seminaren mit 13 bis 30 Teilnehmer_innen werden zwei Trainer_innen genehmigt. Werden für ein Seminar zwei Trainer_innen genehmigt, so muss mindestens ein_e Trainer_in eine FLINTA*-Person sein. Sollten Trainer_innen absagen müssen, so sind sie verpflichtet, für adäquaten Ersatz zu sorgen. Im Falle einer kurzfristigen Absage kann davon abgesehen werden, dass bei zwei Trainer_innen mindestens eine Person eine FLINTA*-Person sein muss.

o Contra 5 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Martin Heider stellt den Antrag 51.

Antrag 51 – Martin Heider (Ausschuss für Tutorien)

Betr.: Trainer_innenprämie bei kurzfristigen Absagen des_der Co-Trainer_in

Große Gruppen alleine zu trainieren bedeutet Mehrarbeit, die bis jetzt bei kurzfristigen Absagen der Co-Trainer_in von Trainer_innen unentgeltlich geleistet wird.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft möge daher beschließen, dass der Punkt 20 (Ausbezahlte Honorare) in den Richtlinien für Tutorien um folgenden Absatz ergänzt wird:

Sollte ein_e Trainer_in ein Seminar mit 13 bis 30 Teilnehmer_innen aufgrund einer kurzfristigen Absage des_der zweiten Trainer_in alleine trainieren müssen, so erhöht sich der Trainer_innensatz um 10€.

Diese Erhöhung wird finanziell vollständig von der Österreichischen Hochschüler_innenschaft getragen.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Martin Heider stellt den Antrag 52.

Antrag 52 – Martin Heider (Ausschuss für Tutorien)

Betr.: Richtlinien zur Abrechnung von KFZ-Fahrtkosten

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft möge beschließen, dass der zweite Absatz von Punkt 21 (Abrechnung) in den Richtlinien für Tutorien wie folgt geändert wird:

Fahrtkosten und Materialkosten können nur gesammelt durch die Projektleitung abgerechnet werden.

Die Refundierung erfolgt ebenfalls gesammelt an die Projektleitung. Die einzige Ausnahme stellen KFZ-Fahrtkosten dar. Diese können nur von den jeweiligen Fahrer_innen eingereicht werden und werden auch an diese refundiert. Die Abrechnung (mit sämtlichen Originalbelegen und nötigen Unterschriften) muss bis spätestens 15. Dezember des Jahres bei der ÖH eingereicht werden.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Martin Heider berichtet für die Vorsitzendenkonferenz der Universitätsvertretungen (UV-Voko).

Martin Heider stellt den Antrag 53.

Nina Mathies berichtet, dass zu dem Thema die ÖH bereits in Verhandlung mit dem Wissenschafts-Ministerium getreten sei, aber aufgrund der neuen Besetzung dort wohl die Verhandlungen wieder bei Null beginnen werden.

Antrag 53 – Martin Heider (UV-Voko)

Betr.: Antrag zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem BMBWF bezüglich des Budgets für Erstsemestrigen- und Thementutorien

Die Vorsitzendenkonferenz fordert die Österreichische Hochschüler_innenschaft dazu auf, mit dem BMBWF mit dem Ziel sowohl eine Erhöhung des Budgetrahmens für einzelne Tutor_innenausbildungsseminare inklusive des Trainer_innensatzes als auch des Gesamtbudgets im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zu Anfänger_innentutorien aufzunehmen. Als Ziel benennt die Vorsitzendenkonferenz für Budgetrahmen inklusive des Trainer_innensatzes, sowie für das Gesamtbudget eine Erhöhung um 15%.

Die Vorsitzendenkonferenz beschließt darüber hinaus ausverhandelte Budgeterhöhungen anteilig gemäß Hochschulvereinbarungen mitzutragen.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Martin Heider stellt den Antrag 54.

Antrag 54 – Martin Heider (UV-Voko)

Betr.: Zugang Arbeitsmarkt

Die Vorsitzendenkonferenz stellt einen Antrag bei der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft mit folgendem Wortlaut:

„Die Österreichische Hochschüler_innenschaft fordert gleiche Rahmenbedingungen für alle Studierende und damit von der Bundesregierung eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (§4ff AuslBG) um während der Studiendauer eine Gleichstellung von Studierenden aus Drittstaaten mit jenen aus EU-Staaten betreffend des Zugangs am Arbeitsmarkt zu sichern. Insbesondere die Notwendigkeit einer Vorabgenehmigung der Einstellung von Drittstaatsangehörigen durch die potenziellen Arbeitgeber muss gänzlich entfallen, da diese für Arbeitgeber wie für Studierende eine reine Schikane darstellt und allzu oft jedwede Anstellung und damit die Selbsterhaltung verunmöglicht was Studierende zusätzlich ins Prekariat abdrängt“

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Simon Neuhold berichtet für die Vorsitzendenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen (PH-Voko).
Diese tagt am 19.03., weswegen noch nichts zu berichten sei. Die letzte Sitzung war nicht beschlussfähig

Simon Neuhold berichtet für die Vorsitzendenkonferenz der Fachhochschulen (FH-Voko).
Es gab eine Sitzung Ende Februar, diese war nicht beschlussfähig.

Maximilian Veichtlbauer will wissen, wie weit entfernt die beiden genannten Sitzungen von der Beschlussfähigkeit entfernt waren.

Simon Neuhold antwortet, dass jeweils ca. 3-4 Personen anwesend waren, für eine Beschlussfähigkeit bräuchte es in etwa 10 Personen.

Maximilian Veichtlbauer (AG): Für's Protokoll, es ist so sad.

Sandra Winkler dankt Simon Neuhold für sein Bemühen um beschlussfähige Vorsitzendenkonferenzen. Es gäbe prinzipiell viele Themen die gemeinsam besprochen werden sollten, wie zum Beispiel das Problem, Nachwuchs für die ÖH-Arbeit zu bekommen.

Simon Neuhold berichtet für die Vorsitzendenkonferenz der Privatuniversitäten und -hochschulen (PU-Voko).

Es gab eine Sitzung, diese war nicht beschlussfähig. Dort wurde die Zeit genutzt, um sich über die anstehenden ÖH-Wahlen auszutauschen.

TOP 6 – Dritte Änderung des JVA 2024/25

Maximilian Rosenberger stellt den Antrag 55 und den Zusatzantrag 56.

Maximilian Veichtlbauer ergänzt, dass im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten der unterjährige Soll-Ist Vergleich durchgegangen wurde und alle Abweichungen dort konnten logisch durch das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten begründet werden.

Antrag 55 – Maximilian Rosenberger (Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: 3. Änderung des Jahresvoranschlags 2024/2025

Die 3. Änderung des Jahresvoranschlags für das Wirtschaftsjahr 2024/2025 wurde ausgearbeitet und an die erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen des Wirtschaftsjahres 2024/2025 angepasst.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

Die 3. Änderung des Jahresvoranschlags 2024/2025 wie im Anhang beigefügt zu genehmigen.

3 Contra 10 Enthaltungen
Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag 56 = Zusatzantrag – Maximilian Rosenberger (Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Zusatzantrag zu Antrag 55 „3. Änderung des Jahresvoranschlags 2024/2025“

Die 3. Änderung des Jahresvoranschlags für das Wirtschaftsjahr 2024/2025 wurde ausgearbeitet und an die erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen des Wirtschaftsjahres 2024/2025 angepasst.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- In der Zeile 217 der 3. Änderung des JVA wird der Betrag von EUR 5.500,- durch den Betrag von EUR 12.500,-, samt aller dadurch rechnerisch notwendigen Änderungen im JVA, erhöht.
- In der Zeile 241 der 3. Änderung des JVA wird der Betrag von EUR 10.000,- durch den Betrag von EUR 20.000,-, samt aller dadurch rechnerisch notwendigen Änderungen im JVA, erhöht.
- Es wird Zeile 227 „Projekt Vereinbarkeit“ in die 3. Änderung des JVA mit einem Betrag von EUR 9.000,- samt aller dadurch rechnerisch notwendigen Änderungen im JVA, eingefügt.
- Es wird Zeile 228 „Hochschultour SOS Balkanroute“ in die 3. Änderung des JVA mit einem Betrag von EUR 14.000,- samt aller dadurch rechnerisch notwendigen Änderungen im JVA, eingefügt.
- In Anhang V (Personal) der 3. Änderung des JVA 2024/25 wird in Zeile 53 „Are Maksimovic“ mitsamt der entsprechenden Gehaltsberechnung laut Dienstvertrag vom 28.01.2025, samt aller dadurch rechnerisch notwendigen Änderungen im JVA, eingefügt.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Philipp Alexander Hengl (AG): Ich hab mich beim Hauptantrag enthalten und beim Zusatzantrag enthalten, der Jahresabschluss (sic!) sieht viele Projekte vor, die auf jeden Fall wichtig sind, die man unterstützen sollte, enthält aber auch einige, die ich nicht unterstütze, deshalb habe ich mich enthalten.

TOP 7 – Beschluss über den Jahresabschluss

Maximilian Rosenberger stellt den Antrag 57.

Maximilian Veichtlbauer erklärt, dass im Wirtschaftsausschuss noch die Möglichkeit einer Einzahlungskarte diskutiert wurde, damit das Geld der Handkassa eingezahlt werden kann – tatsächlich wurde keine Verordnungsübertretung begangen, weil die Wirtschaftsverordnung davon spricht, dass 500 Euro in der Handkassa nicht übertreten werden sollen.

Antrag 57 – Maximilian Rosenberger (Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten)

Betr.: Jahresabschluss 2023/24

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 wurde fertig gestellt und kann nun zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:
Den Jahresabschluss der Österreichischen Hochschüler_innenschaft für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 zu genehmigen.

o Contra o Enthaltungen
Antrag einstimmig angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

Philipp Alexander Hengl (AG): Ich habe für diesen Antrag gestimmt und ich wollte mich noch einmal im Namen der AG bei dir, Maxi bedanken, du hast gesagt du hast deinen Winter dafür aufgeopfert, das ist wirklich, wirklich arg, ich muss sagen ich habe unserem Wirtschaftsreferenten auf unserer Hochschule schon geholfen beim Abschluss und das muss wirklich eine Mörderaufgabe gewesen sein, herzliche Gratulation, ich glaube du hast das gut gemacht und deswegen hab ich diesem Antrag zugestimmt. Danke.

TOP 8 – Bericht der Referent_innen

Simon Neuhold überträgt die Sitzungsleitung an Nina Mathies.

Die schriftlichen Berichte sind hier zu finden: <https://www.oeh.ac.at/ueber-uns/protokolle-und-berichte/>

Maximilian Rosenberger berichtet für das Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Es gab eine Testwahl und viele Schulungen für die ÖH-Wahlen, generell werden derzeit sehr viele Ressourcen des Referats in die Durchführung der Wahlen investiert. Eine Zwischenabrechnung der Mensensubvention hat ergeben, dass bei ähnlichem Fortgang das Budget noch im März verbraucht sein wird. Aus dem Grund wurden Hochschulen darüber informiert und parallel Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium gestartet für einen Zuschuss. Der Jahresabschluss wurde erstellt. Die HS-DVV wurde überarbeitet, dazu wurde eine Stellungnahme von den Hochschulvertretungen erstellt, bei dessen Call auch das Referat teilgenommen hat. Mit der ACSL wurde eine Vereinbarung für die ÖH-Wahl geschlossen. Der Telefonanbieter wurde gewechselt, die 3. Änderung des Jahresvoranschlags und der unterjährige Soll-Ist wurden erstellt. Durch einen Beschluss des Ausschuss für Bildungspolitik soll nun geprüft werden, ob der Fördertopf für Klimaschutz auch auf Abschlussarbeiten ausgeweitet werden kann.

Samuel Hafner berichtet für das Referat für Öffentlichkeitsarbeit.

Es wurde sehr viel Social Media und Pressearbeit gemacht. In der Progress-Redaktion wurde eine reguläre Ausgabe und eine Wahl-Ausgabe produziert, im Zuge der 80 Jahre ÖH-Feier wurde Archivmaterial gesichtet. Die Wahlkampagne wurde mit P&B gemacht unter dem Motto „Your vote,

your ÖH". Die Wahlkampagne sollte mit den Hochschul- und Studienvertretungen gemeinsam verbreitet werden.

Marcel Bader stellt den Antrag 58.

Stefan Zeiringer fragt, wieso der Antrag nicht im Ausschuss für internationale Angelegenheiten besprochen wurde.

Marcel Bader antwortet, dass die Verantwortlichen in der ÖH erst auf dem Kick-Off Meeting waren und alle Formalia durchbesprochen werden mussten, das am Dienstag der Sitzungswoche stattgefunden hat, am Donnerstag über die Finanzen und erst am Freitag konnte der Antrag geschrieben werden, weil es in Belgien kaum Züge mit Steckdosen gab.

Antrag 58 – Marcel Bader (GRAS)

Betr.: Antrag NELS Projekt

Die ÖH ist Teil des NELS Projektes (Next Level Skills for Student Leaders), gemeinsam mit verschiedensten Partner_innen aus Europa und Afrika (unter anderem der FH OÖ, der Universität Duisburg, der Universität Gamiba und der All Africa Students Union). Es befindet sich dieses Projekt aktuell in der Planungsphase, das Kick-Off Meeting in Brüssel findet parallel zur Sitzung der Bundesvertretung statt.

Dieses Projekt wird von der Europäischen Union gefördert, insgesamt mit einer halben Million Euro. Diese Gelder werden an die einzelnen Projektpartner_innen aufgeteilt.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen: Einnahmen, welche die Österreichische Hochschüler_innenschaft auf Basis dieses Projektes als Förderung von Seiten der Europäischen Union erhält (aktuell voraussichtlich 18.317,00 €) zu genehmigen.

Antrag mehrheitlich angenommen

Maximilian Veichtlbauer wünscht sich, dass die Anwesenheit der Referent_innen bei Sitzungen wieder ernster genommen wird und bedankt sich in dem Zuge bei den Referent_innen, die oft da sind.

Nina Mathies gibt an, dass dies an die Referent_innen weitergeleitet werde.

22:13 David Kloiber (AG) meldet sich an (bisher von Philip Zörner (AG) vertreten), überträgt die Stimme an Viktoria Feichtinger (AG) und meldet sich ab. Viktoria Feichtinger (AG) meldet sich an.

Tamara Schulz berichtet für das Referat für pädagogische Angelegenheiten.

Es hat sich in der laufenden Arbeit nicht besonders viel geändert, außer dass es jetzt einen monatlichen Jour Fixe mit der Juristin Karin Pfeiffer gibt. Zur Lehramtsreform gab es noch einen Vernetzungscall, dort waren zwei Studierendenvertreter_innen anwesend. Es wurden weitere Termine ausgeschickt. Zur Petition politischer Bildung als eigenes Unterrichtsfach wurde dies vonseiten der ÖH beworben, zum Beispiel im Newsletter und auch durch eine Unterschriften-Sammelaktion vor der Universität Wien. Derzeit gibt es ca. 5500 Unterschriften, die Petition wird dem neuen Bildungsminister übergeben. Im Sommersemester starten die Antirassismuss-Schulungen gemeinsam mit ZARA, die Anmeldefrist hat bereits geendet, es werden 7 Schulungen stattfinden. Am 12. Februar gab es einen Termin des Referats in der Sektion II im Bildungsministerium, wo sich noch einmal über die Lehramtsreform ausgetauscht wurde. Die Referentin ist jetzt auch im Beirat zu den Mindeststudienleistungen gemeinsam mit einer Person aus dem Referat für Bildungspolitik.

Nina Mathies erklärt, dass der Bericht für das Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten erst verspätet hochgeladen wurde, weil sich die verantwortliche Person nach einer Meniskus-OP noch in Erholung befand.

Sandra Winkler (HV FH Kufstein Tirol): Ich möchte aber noch mal kurz zu Protokoll geben, dass ich trotzdem die Arbeit vom FH-Ref extrem schätze und sehr dankbar bin, dass es das Referat gibt und hoffe, dass es es in Zukunft gibt, weil es das einfach braucht.

Philipp Alexander Hengl weist darauf hin, dass bei der Listensprecher_innen Vorbesprechung noch eine andere Begründung gegeben wurde für die Verspätung der Berichtsvorlage.

Nina Mathies berichtet, dass sie gesagt habe, sie sei sich nicht sicher, wodurch sie nachgefragt und diese Auskunft bekommen habe.

Helin Havutcu berichtet für das Referat für Studien- und Maturant_innenberatung.

Es gab viele Schultermine in ganz Österreich. Studieren Probieren für das Sommersemester läuft gerade an, die Anmeldung für die Termine startet am 20. März. Das Referat war auf der Best-Messe in Wien am 07.-10. März, zu diesem Zweck wurden Broschüren und weitere Werbematerialien überarbeitet und neu produziert. Auch in den Bundesländern gab es einige Messen, zum Beispiel die IBOBB Messe in Klagenfurt oder die Studienmesse in Graz von 10.-14. Februar.

22.24 Maximilian Veichtlbauer (AG) überträgt die Stimme an David Siebenhofer (AG) und meldet sich ab. David Siebenhofer (AG) meldet sich an.

Viktoria Feichtinger bemängelt, dass es für das Referat für Barrierefreiheit seit über einem Jahr offene Beschlüsse gäbe, für die sie keinen Input bekommen habe und sie aus dem Bericht abseits der Beratungstätigkeit wenig Konkretes extrahieren könne.

Nina Mathies erklärt, dass sie diese Anmerkung weiterleiten werde.

Viktoria Kudrna berichtet für das Referat für Umwelt und Klimapolitik.

Die Ringvorlesung „Campus of Change“ hat begonnen, sie wurde reformiert, sodass die Vorträge jetzt auch von Hochschul-externen Personen angesehen werden können. Es wird künftig zwei Workshops für Studierende geben, wie sie selbst das Konzept Klimarat in die Hochschulen tragen können. Der Fördertopf „Klimafreundliche Initiativen“ wird laufend bearbeitet und genutzt. Die Forderungen aus dem ersten Klimarat wurden an Klimaministerin aD Gewessler übergeben, ein Termin mit dem Wissenschaftsministerium hat nicht mehr stattgefunden. Das Referat tauscht sich laufend mit studentischen Initiativen und Stakeholdern aus, nahm am 2. Österreichischen Transformationsforum teil und nimmt auch eine Koordinationsrolle beim Klimaprotest ein.

TOP 9 – Anfragen an die Referent_innen

Nina Mathies erläutert den Modus des Tagesordnungspunkts.

22:31 Tanja Steger (FLÖ) überträgt die Stimme an Godwin Biziyaremye (FLÖ) und meldet sich ab.

Godwin Biziyaremye (FLÖ) meldet sich an.

22:32 Martin Heider (FLÖ) überträgt die Stimme an Lukas Wurth (FLÖ) und meldet sich ab. Lukas Wurth (FLÖ) meldet sich an.

Beginn Anfragen: 22:32

Laurin Weninger an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wurde aufgespalten – der Wissenschaftsministerin Holzleitner (SPÖ) wurde zum Amtsantritt gratuliert, wieso dem Bildungsminister Wiederkehr (NEOS) nicht?

- Die ÖH hat die meisten Anknüpfungspunkte mit dem Wissenschaftsressort, deswegen wurde dort zum Amtsantritt gratuliert, soweit bekannt, war das früher auch Usus, wenn die Agenden getrennt waren. Das Referat wünscht aber auch BM Wiederkehr alles Gute für seine Amtszeit.

Godwin Biziyaremye an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Bei der Anfragenbeantwortung der Aktionsgemeinschaft auf die Frage „Kann man aussagen, wie viele Ausgaben des Progress randomisiert versendet werden und wie viele an die Opt-In Abonnent_innen gehen“ war die Antwort „Ja, kann man“ – warum so eine provokante Antwort und was ist die politische Strategie dahinter?

- Die Antwort war geeignet diese Frage zu beantworten und es steht frei, die genaue Zahl nachzufragen. Die Antwort wurde gegeben, wie vom Fragewort verlangt.

Manuel Grubmüller an Referat für Umwelt und Klimapolitik: Mit welchen Klima- und Umweltorganisationen hat sich das Referat vernetzt?

- Wir fahren gemeinsam, Climates, COP Jugenddelegierte, Organisationen die bei Klimaprotest dabei sind (verschiedene For Future Organisationen), System Change not Climate Change, Forschungsverbund für Umwelt und Klima der Universität Wien und die ehemaligen Studierenden-Koordinator_innen des UniNETZ.

David Siebenhofer an Referat für Umwelt und Klimapolitik: Wie findet die Referatsleitung, dass man bei Klimaprotest gemeinsam zusammenarbeitet mit der grünen Wirtschaft, der Sozialistischen Jugend, der Katholischen Jugend, der Interessensgemeinschaft für Milch und der Caritas Wien?

- Ein sehr gutes Beispiel, welche Organisationen bereits bei dem Projekt dabei waren und immer noch auf der Website aufscheinen, aber diese sind nicht immer bei den Meetings dabei. Derzeit sind es eher For Future Organisationen oder Hochschulvertretungen. Es sind auch parteipolitische Organisationen dabei, da aber sehr breit aufgestellt, war immer wieder Diskussion, früher war es nicht erlaubt aber wurde aufgeweitet. Es sind aber keine Parteien per se erlaubt, nur parteinahe Organisationen.

Godwin Biziyaremye an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Wie viele Ausgaben des Progress werden randomisiert versendet und wie viele sind Opt-In Abonnent_innen?

- Wird schriftlich beantwortet.

Sören Gerrelts an Referat für Umwelt und Klimapolitik: Gab einen Austauschtermin mit Klimaministerin aD Gewessler, wird auch ein Austausch mit dem neuen Klimaminister Hanke geplant?

- Noch kein neuer Termin geplant, weil noch Antrittstermine erst einmal gemacht werden, prinzipiell unterhält sich die Referatsleitung sehr gern mit allen Personen in der Politik zum Thema Klima.

Godwin Biziyaremye an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Bei der Anfragebeantwortung der Aktionsgemeinschaft, wie viel Geld für Mental Health Gruppenangebote ausgegeben wurde war die Antwort 0,0 Euro, kann erklärt werden, wieso kein Geld abgerufen wurde und wenn ja, bitte um Erklärung.

- Die Angebote werden von angestellten Personen auf der ÖH organisiert und wenn Materialien wie Becher oder Getränke gebraucht werden, ist das auf der ÖH schon vorhanden, wodurch nichts extra gekauft werden muss.

Krisztina Kamensky an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Neue Regierung wurde angelobt, gibt es schon geplante Termine und wenn ja, welche Themen sollen dort angesprochen werden?

- Ähnliche Antwort wie bereits bei dem Referat für Umwelt und Klimapolitik – die Antrittstermine werden vom Vorsitzteam gemacht und die Termine des Referats für pädagogische Angelegenheiten auf Sektionsebene laufen ganz normal weiter, da hat sich nicht viel geändert. Noch ist nicht geplant, mit dem Bundesminister Wiederkehr zu treffen, das ist eher eine repräsentative Aufgabe des Vorsitzteams.

David Siebenhofer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Im Bericht steht, dass es wöchentliche Jour Fixes gibt, bitte um alle schriftlichen Unterlagen dazu. Falls es keine gibt, wieso gibt es keine?

- Wird schriftlich beantwortet.

Sören Gerrelts an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Wie will das Referat in Zukunft bei Vernetzungscalls zur Lehramtsreform mehr Studierendenvertreter_innen motivieren zu kommen?

- Prinzipiell ist es ein Angebot, bei dem nicht der Anspruch besteht, dass immer alle kommen müssen, soll weitergeführt werden, dass die Termine schon zu Beginn des Semesters angekündigt werden und dann ein paar Tage vorher der Link ausgesendet wird als Erinnerung. Ist auch nicht per se schlecht, wenn nicht so viele Leute da sind, weil die Berichte oft waren, dass sich die Leute mittlerweile auskennen und es läuft.

Krisztina Kamensky an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Petition zu politischen Bildung an Schulen, erst einmal ein Dank zur Einwerbung von Unterschriften, wie ist der weitere Verlauf, wie ist die Zwischenbilanz und was sind die nächsten Schritte zu dem Thema?

- Unterschriftensammelaktion ist jetzt zu Ende, an die Unterzeichner_innen wird eine Infomail ergehen, dass es jetzt zu Ende ist, die Petition wird an den Minister Wiederkehr übergeben und im Regierungsprogramm ist auch die Rede von einem neuen Fach Demokratiebildung und da soll mitgegeben werden, dass das sehr sinnvoll gefunden wird und wie man sich die Ausgestaltung vorstellt. Auf Social Media kommt vielleicht auch noch mal kurz was.

Stefan Zeiringer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Bitte um alle Instagram Insights der letzten 90 Tage.

- Wird schriftlich beantwortet.

Christina Seiringer an Referat für feministische Politik: Die Meldestelle für Diskriminierung an Hochschulen, da steht im Bericht dass das eingebettet werden soll die Hochschullandschaft – wie soll das geschehen?

- Wird schriftlich beantwortet.

David Siebenhofer an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Bitte um Aufstellung aller getätigten Ausgaben in Bezug auf die Dokumentation zur Aufarbeitung der faschistischen Geschichte an Österreichs Hochschulen.

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth an Referat für internationale Angelegenheiten: Wann ist zuletzt eine Kontaktaufnahme des OeAD an das Referat geschehen und wann wurde zuletzt eine solche beantwortet?

- Wird schriftlich beantwortet.

Sören Gerrelts an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Wie viele Studierende haben sich für die Antirassismus Workshops angemeldet?

- Das ist nicht bekannt, weil das Referat lediglich für die Zusammenbringung von Black Voices mit den Hochschulvertretungen, die dann selbst die Workshops organisieren. Die abgelaufene Frist war lediglich für die Buchung von Workshops, nicht für die Anmeldung der Studierenden zu den jeweiligen Workshopterminen.

Krisztina Kamensky an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Wann war der letzte Termin mit der RÖPH, welche Themen wurden dort besprochen und wann ist der nächste Termin geplant?

- Es ist geplant, es sehr sehr bald zu machen, bis dato war die Zuständigkeit nicht ganz klar, ob das Vorsitzteam oder das Referat für die Vernetzung mit der RÖPH zuständig ist.

Lukas Wurth an Referat für Bildungspolitik: Wann ist zuletzt eine Kontaktaufnahme der AQ Austria an das Referat erfolgt und wann wurde diese beantwortet?

- Wird schriftlich beantwortet.

Christina Seiringer an Referat für feministische Politik: Welche wissenschaftlichen Projekte wurden beim FemQueer Fördertopf eingereicht und welche und in welcher Höhe wurden diese gefördert?

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth an Referat für Bildungspolitik: Am 17.9.24 war die AQ Austria Jahrestagung, wo niemand von der ÖH dabei war, was war der Grund dafür weil die AQ Austria hat bestätigt, dass das Referat eingeladen wurde.

- Wird schriftlich beantwortet.

David Siebenhofer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Wie weit ist die Anfragenbeantwortung der letzten Bundesvertretungs-Sitzung zur Zusendung aller Progress-Artikel, egal ob angenommen oder nicht angenommen und wie wird mit Anfragebeantwortungen umgegangen, die nicht innerhalb von 14 Tagen beantwortet werden?

- Die Referatsleitung geht grundsätzlich sehr verlässlich um, es ist relativ sicher, dass die angesprochene Anfrage beantwortet wurde, die Frist war am 27. Dezember. Falls etwas nicht angekommen ist, wird das schriftlich aufgeklärt und beantwortet. Die Referatsleitung geht davon aus, dass alles beantwortet wurde, falls dem nicht so sei, bittet sie höflich um Entschuldigung.

Sören Gerrelts an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Beim Treffen mit der ACSL, wer war dort vonseiten der ACSL und vonseiten des Referats?

- Timna und Lawrence vonseiten der ACSL, vonseiten der ÖH Maximilian Rosenberger, Nina Mathies und Sarah Rossmann.

Krisztina Kamensky an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Bitte um Gedankenprotokoll des letzten Treffens mit der RÖPH, die Referatsleitung wird herzlich eingeladen, bei einem Vernetzungstreffen zwischen PH Voko Sprecher_innen und RÖPH in den nächsten zwei Wochen dabei zu sein.

- Protokoll wird schriftlich zugesendet und die Referatsleitung ist sehr gern bei dem Treffen, wenn es sich terminlich ausgeht.

David Siebenhofer an Referat für Bildungspolitik: Bitte um Zusendung der Unterlagen im Gremium zur Mindeststudienleistung, wie viele Studierende hat das seit Inkrafttreten der Bestimmung wirklich betroffen?

- Die zweite Frage ist die zentrale Frage die im Gremium bearbeitet werden soll, weil der Datenmangel gelöst werden muss. Der Rest wird schriftlich beantwortet.

Sören Gerrelts an Referat für pädagogische Angelegenheiten: Wie viele Beratungsfälle zum Curriculumeinstieg in der Primarstufe gab es seit der letzten Sitzung der Bundesvertretung?

- Gibt keine so genaue Aufschlüsselung der Beratungsfälle, es können die Beratungsfälle von PHs quantifiziert werden.

Christina Seiringer an Referat für Umwelt und Klimapolitik: Sobald die zwei Workshops für Studierende zum Thema Klimarat gemacht wurden, bitte um Zusendung der Ergebnisse.

- Wird schriftlich beantwortet.

Godwin Biziyaremye an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Das Ergebnisprotokoll des Workshops mit P&B, da wurde nur die Agenda geschickt, wo sind die Ergebnisse?

- Es steht in der Agenda drinnen, was jeweils beschlossen wurde. Danach wurde hauptsächlich telefonisch kommuniziert bzw. in einem Follow-Up Treffen mit der Kampagnen-Kerngruppe wo genauere Ergebnisse definiert wurden.

David Siebenhofer an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Gibt es aktuelle Zahlen zum Ausschöpfungsgrad von einzelnen Hochschulen? Falls es im Jahr 2025 schon irgendeinen Stichtag gibt wo Zahlen vorhanden sind reichen diese auch.

- Wurde gebeten um eine Zwischenabrechnung, die Hochschulvertretungen, die eine solche nicht gemacht haben wurden um eine Schätzung gebeten und in Kombination mit Erfahrungswerten aus den vergangenen Jahren schätzt das Referat einen Ausschöpfungsgrad von etwa 430.000 bis 450.000 Euro, was bei einer Gesamtsumme von 500.000 Euro schon sehr nahe an der Obergrenze liegt. Es gibt von einzelnen Hochschulen auch aufgeschlüsselte Zahlen, die können zugesendet werden.

Lukas Wurth an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Im Webshop der ÖH gibt es bei Goodies nur Poster, welche Goodies gibt es überhaupt und wann ist es voraussichtlich wieder möglich, mehr als Poster zu bestellen?

- Auflistung wird schriftlich beantwortet. Es ist geplant, noch im März Goodies zu bestellen für die Wahlkampagne, da wird derzeit noch geschaut wie das technisch umsetzbar sein soll weil die Wahlgoodies eher für größere Bestellungen gedacht sind. Es soll möglicherweise ÖH-Accounts für Hochschulvertretungen geben, wo man mehr sehen kann als als Einzelperson. In der folgenden Woche kommt schon ein erster Schwung von Goodies für die Wahlkampagne, dann wird das gleich in die Anfragenbeantwortung eingepflegt, falls sich Neuigkeiten ergeben.

Christina Seiringer an Referat für Bildungspolitik: Unter Privatuniversitäten im Bericht steht, dass an den Evaluierungen der Ausbildungsverträgen weitergearbeitet wurde, dann steht, dass dieser nun fertig ist, bezieht sich das auf den Ausbildungsvertrag oder auf den Bericht? Was auch immer fertig ist, bitte um Zusendung.

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth an Öffentlichkeitsarbeit: Warum sind so viele Goodies auf die ÖH-Wahl spezifiziert? Gäbe den Wunsch als HV-Vorsitzender, dass es auch allgemeine Goodies gibt.

- Prinzipiell gibt es keinen Grund, dass es wenige allgemeine Goodies gibt, auch im Zuge der Wahlkampagne sollen Goodies bestellt werden, wo das Wahldatum nicht draufsteht, was danach auch nutzbar sein soll. Es gibt das Ziel, dass künftig ein effizientes System steht, das mit dem Herbst-Semesterstart eine reibungslose Verteilung von Goodies gibt.

Krisztina Kamensky an Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten: Bitte um alle Termine, die in der ÖH-Funktion wahrgenommen wurden und ein Gedächtnisprotokoll zu jedem Termin.

- Wird schriftlich beantwortet.

Stefan Zeiringer an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Für die Konstituierung der Studienvertretungen soll das im EWAS nur mehr in alphabetischer Reihenfolge passieren kann, stimmt das und kann man da irgendwas machen?

- Ist ein neues Tool, das neu eingeführt wurde, weil manche Hochschulen sehr viele Studienvertretungen konstituieren müssen. Aktuell ist es alphabetisch möglich, Änderungswünsche können mitgenommen werden. Die Wahlkommissionen sind aber nicht gezwungen diese Möglichkeiten des EWAS zu nutzen.

Christina Seiringer an Referat für Antifaschistische Gesellschaftspolitik und Menschenrechte: Im Bericht steht, dass im Rahmen der Kooperation mit der Roten Hilfe bereits einigen Studierenden Unterstützung und Beratung gestellt werden konnte. Wie vielen Studierenden wurde bereits Unterstützung und Beratung gestellt und wie oft nutzt die Rote Hilfe die Räumlichkeiten der ÖH?

- Wird schriftlich beantwortet.

David Siebenhofer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Bitte um Zusendung sämtlicher Aufrufszahlen zur Dokumentation Rechtsextremismus im Hörsaal auf der ÖH Website und wann wurde die Dokumentation dort online gestellt?

- Wird schriftlich beantwortet.

Stefan Zeiringer an Referat für internationale Angelegenheiten: Bitte um alle Unterlagen zum go. ESU-Board Meeting in Wien.

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth bittet ebenfalls um die Unterlagen zum go. ESU Board Meeting.

Christina Seiringer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Wie läuft der Prozess ab zum Erstellen eines Postings?

- Jede Woche wird sich als Referat zusammengesetzt und besprochen, was in der nächsten Woche thematisch relevant ist bzw. welche Beschlüsse zu erledigen sind und infolgedessen wird an eine oder mehrere Personen dieses Posting zugeteilt, die dann für die Layoutierung zuständig sind. Dann geht es durch eine interne Feedbackschleife und dann wird es auf die jeweilige Plattform hochgeladen.

23:21 Godwin Biziyaremye (FLÖ) meldet sich ab. Paul Koo (FLÖ) meldet sich an.

Lukas Wurth an Referat für Bildungspolitik: Bitte um den Arbeitsplan gemäß Satzung für das kommende Semester.

- Wird schriftlich beantwortet.

David Siebenhofer an Referat für Umwelt und Klimapolitik: Findet es die Referatsleitung gut, dass zeitliche und finanzielle Ressourcen in die Zusammenarbeit mit der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien, der katholischen Jugend, der katholischen Jungschaft, der Konferenz der kirchlichen Umweltbeauftragten Österreichs, der Bischofskonferenz, der Diakonie und der Caritas gesteckt werden?

- Referatsleitung findet es gut, dass eine breite Basis an Organisationen an Lösungen gemeinsam im Zuge des Klimaprotests da ist und dass verschiedenste Organisationen zu dem Thema zusammenarbeiten können.

Christina Seiringer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Wie wird getrackt, welche Beschlüsse erfüllt werden müssen und wie wird entschieden, welche Themen in der Folgewoche relevant sind?

- Nach jeder Sitzung wird sich in der Folgewoche zusammengesetzt und besprochen, wie man diese nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen kann. Die Entscheidung wird gemeinsam im Referat oder auch mit dem Vorsitzteam getroffen, anhand von Monitoring, was in der ÖH und auch in den Nachrichten passiert.

23:27 Lejla Bibic (AG) meldet sich ab.

Christina Seiringer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Wie sehen die Feedbackschleifen für Postings aus und wer ist daran beteiligt?

- Die Feedbackschleife funktioniert folgendermaßen, dass das Posting hochgeladen wird und eine Gruppe aus den Sachbearbeiter_innen für Kommunikation, Presse, der Referatsleitung und dem Vorsitzteam dann dieses Posting anschaut und wenn ein_e Vertreter_in jeder Koalitionsfraktion das Okay gegeben hat wird das Posting veröffentlicht.

23:30 David Siebenhofer (AG) meldet sich ab. Lejla Bibic (AG) meldet sich an, überträgt die Stimme an David Siebenhofer (AG) und meldet sich an. Maximilian Veichtlbauer (AG) meldet sich an.

23:31 Sitzungsunterbrechung für FLÖ bis 23:41

23:41 Manuel Grubmüller (JUNOS) meldet sich ab.

23:41 Kathrin Kaindl (JUNOS) meldet sich ab.

23:41 Markus Lieder (JUNOS) meldet sich ab.

Christina Seiringer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Bitte um die Unterlagen zur Planung von Postings.

- Die Planung kann am besten gesehen werden, anhand dessen was gepostet wird. Es gibt eine Tabelle, dort werden aber alte Sachen immer herausgelöscht und nur die aktuellsten Planungen bleiben drinnen.

Laurin Weniger an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Bitte um alle Transaktionen ,die die ÖH im laufenden Studienjahr getätigt hat.

- Wird schriftlich beantwortet.

David Siebenhofer an Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Über welche Kommunikationskanäle funktioniert die Rückmeldung der Personen der einzelnen Koalitionsfraktionen und welche Personen sind da drinnen?

- Referatsleitung, Sachbearbeiter_innen für Kommunikation, Pressearbeit und das Vorsitzteam, die Kommunikation funktioniert entweder im Uploadtool selbst oder in einer gemeinsamen Chatgruppe.

Maximilian Veichtlbauer merkt zur Satzung an, dass es kein Vorsitzteam gibt.

Maximilian Veichtlbauer an Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten: Bitte um die Refundierungen für das Klimaticket im laufenden und vergangenen Wirtschaftsjahr.

- Wird schriftlich beantwortet.

Ende Anfragen: 23:48

TOP 10 – Bericht der Vorsitzenden oder ihrer Stellvertreter_innen

Der Bericht der Vorsitzenden oder ihrer Stellvertreter_innen ist hier einzusehen:

<https://www.oeh.ac.at/ueber-uns/protokolle-und-berichte/>

Nina Mathies stellt den Antrag 59.

Christina Seiringer fragt, welche Qualifikationen diese beiden Personen mitbringen.

Sarah Rossmann antwortet, dass Carlotta seit mehreren Jahren Referentin für gute Lehre beim FZS (Anm.: deutsche Studierendenvertretung) sei, Emile ist seit mehreren Jahren in mehreren Positionen im VSS (Anm: schweizerische Studierendenvertretung) tätig, unter anderem im Vorstand und im Referat für internationale Angelegenheiten. Carlotta war auch bereits in der Jury des Ars Docendi und die Jury-Mitglieder haben übermittelt dass sie damit sehr zufrieden waren.

Christina Seiringer will außerdem wissen, ob die beiden Personen auch Qualifikationen im Bereich Lehre bzw. gute Lehre mitbringen.

Sarah Rossmann repliziert, dass sie diese durch ihre mehrjährige Erfahrung im Bereich Hochschulpolitik mitbringen.

Nina Mathies ergänzt, dass explizit internationale Personen nominiert werden sollen, falls die Frage darauf abzielen sollte, dass sie keine Erfahrung im österreichischen Hochschulraum mitbringen.

Antrag 59 – Nina Mathies (Vorsitz)

Betr.: Entsendung in die Jury des „Ars Docendi Staatspreises für exzellente Lehre“

Die ÖH darf zwei internationale studentische Jury Mitglieder nominieren.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

- In die Jury des Ars Docendi Staatspreises für exzellente Lehre werden Carlotta Eklöh und Emile Blant entsendet.

Antrag mehrheitlich angenommen

Nina Mathies stellt den Antrag 60.

David Siebenhofer will wissen, was Magdalena Taxenbacher für diese Tätigkeit qualifiziert.

Simon Neuhold antwortet, dass sei Sachbearbeiterin im Referat für Bildungspolitik der Bundesvertretung sei, war davor auch schon mehrere Jahre im Referat für Bildungspolitik der Hochschulvertretung an der Universität Wien als Referentin und auch als Mitglied der Curricularkommission an der Universität Wien.

Maximilian Veichtlbauer merkt an, dass es gut wäre, wenn mit einer Entsendung auch eine Berichtspflicht einher gehen würde an die Bundesvertretung und bittet um Ergänzung zum Beschluss, dass einmal im Semester schriftlich an den Vorsitz berichtet werden soll.

Nina Mathies entgegnet, dass sie das nicht als notwendig erachte, weil Tamara Schulz auch so schon bereits berichtet habe. Der Vorsitz werde sich ohnehin laufend berichten lassen und es können dann Anfragen entweder an ihn oder an Tamara Schulz gestellt werden.

Maximilian Veichtlbauer merkt zur Satzung an, dass Tamara Schulz nicht als Referentin sondern als Beirätin entsendet werde und deswegen nicht dem Anfragerecht unterliege.

Antrag 60 – Nina Mathies (Vorsitz)

Betr.: Entsendung in den Beirat „Evaluierung Mindeststudienleitung sowie Unterstützungsleistungen seitens der Universität bzw. Pädagogischen Hochschulen“

Die ÖH darf zwei Personen in den Beirat entsenden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

In den Beirat "Evaluierung der Mindeststudienleistung sowie Unterstützungsleistungen seitens der Universität bzw. Pädagogischen Hochschulen" werden Magdalena Taxenbacher und Tamara Schulz entsandt.

36 Pro

Antrag mehrheitlich angenommen

Nina Mathies stellt den Antrag 61.

Antrag 61 – Nina Mathies (Vorsitz)

Betr.: Entsendung in den Beirat „Evaluierung der nationalen Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung“

Die ÖH darf zwei Personen in den Beirat entsenden.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge beschließen:

In den Beirat "Evaluierung der Nationalen Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung" werden Laura Reppmann und Tristan Nitzsche entsandt.

Antrag mehrheitlich angenommen

Protokollierungen des Stimmverhaltens:

David Siebenhofer (AG): Ich habe dagegen gestimmt, weil in der Sitzungsleitung jetzt so schnell drübergefahren wurde, dass man gar nicht nachfragen konnte, was die Leute so tun, vielleicht könnt ihr es im Nachhinein jetzt geben, wer was macht.

TOP 11 – Anfragen an die Vorsitzende oder ihre Stellvertreter_innen

Nina Mathies erläutert den Modus.

Beginn Anfragen: 00:09

Paul Koo: Wann haben die Vorsitzende oder eine ihrer Stellvertreter_innen in der Funktionsperiode 2023 bis 2025 welche Hochschulen in ihrer Funktion besucht und aus welchem Grund?

- Wird schriftlich beantwortet.

Stefan Zeiringer: Eine Talkrunde bei der 80 Jahre ÖH Feier – Welche Fraktionen bzw. welche Personen sind dafür angefragt?

- Noch keine Personen angefragt, aber angedacht – soll politisch breit aufgestellt werden, dafür soll für die Jahre bis 1990 eine Person des Wahlblocks oder der Aktionsgemeinschaft eingeladen werden, die anderen Personen sind noch nicht ganz klar, eine Person soll Heinz Fischer sein wegen seiner politischen Größe und seiner Aussagekraft über seine ÖH-Zeit, ansonsten wurde auch noch Sigrid Maurer angedacht. Da aber erst der Beschluss für die Feier abgewartet werden musste, kann noch keine genaue Antwort gegeben werden.

Lukas Wurth: Wann und zu welchen Arbeitsgruppen wurde die Vorsitzende oder ihre Stellvertreter_innen vonseiten der Universitätenkonferenz eingeladen?

- Keine.

Philipp Alexander Hengl: Welche Termine hat die 1. stellvertretende Vorsitzende Nina Mathies vom 1. Oktober 2024 bis jetzt bzw. geplante Fixtermine bis 20.06.2025 wahrgenommen?

- (Anm. die mündlich vorgetragenen Termine können im Stream nachgeschaut werden unter dem Link https://www.youtube.com/watch?v=gDQl4U_SFzQ). Die Termine ab 01. November 2024 werden schriftlich beantwortet.

00:20 Tanja Steger (FLÖ) meldet sich an. (bisher von Godwin Biziyaremye (FLÖ) vertreten)

David Siebenhofer: Es gab eine Podiumsdiskussion zur Wien-Wahl, gab es auch Überlegungen, so etwas für andere Wahlen in den Bundesländern zu machen, falls nein, warum nicht?

- Die Podiumsdiskussion war im Zuge der Hochschultour mit SOS Balkanroute, die war zu einem speziellen Thema, nämlich Migration und den Bedingungen an den EU Außengrenzen, da hat sich die Wien-Wahl angeboten.

Viktoria Feichtinger: Die zwei Anträge „Für eine barrierefreie Hochschule“ und „Gemeinsam Inklusion leben“ von vor ca. einem Jahr, was wurde da bisher gemacht, was ist herausgekommen und was sind die nächsten geplanten Schritte?

- Ist dem Durchführungsstand zu entnehmen. Dieser kann gerne zugesendet werden.

Lukas Wurth: Zu welchen Arbeitsgruppen der UNIKO wurde die Vorsitzende oder ihre Stellvertreter_innen eingeladen und zu welcher ist man erschienen?

- Zu keiner. Falls eine konkrete gemeint ist, bitte diese anzusprechen.

David Siebenhofer: Warum sind die Personen, die in die Arbeitsgruppe zur sozialen Dimension entsendet wurden, kompetent dafür?

- Es wurden entsendet Tristan Nitzsche, der im Referat für Sozialpolitik Sachbearbeiter für Studierendenwohnheime ist und täglich mit diesen Thematiken vertraut ist und Laura Reppmann, die im Referat für internationale Angelegenheiten Sachbearbeiterin ist und täglich mit der internationalen Komponente in dieser Thematik umgeht und daher ausgezeichnete Expertise in diesem Bereich aufweist.

Lukas Wurth: Bitte um Mailverkehr von und mit der UNIKO.

- Wird schriftlich beantwortet.

Viktoria Feichtinger: Der Durchführungsstand ist zu vage gehalten zu den vorher angefragten Beschlüssen, was bedeutet in dem Fall „laufende Arbeit“? Falls es Gespräche gegeben hat, welche Resultate hat es gegeben?

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth: Bitte um Zusendung des Mailverkehrs mit der AQ Austria seit 01.07.2024.

- Wird schriftlich beantwortet.

Lukas Wurth: Bitte um Zusendung des Mailverkehrs mit dem OeAD seit 01.07.2024.

- Wird schriftlich beantwortet.

TOP 12 – Allfälliges

David Siebenhofer merkt an, dass er sich Mülltrennung bei der Sitzung wünschen würde.

Marie Pointner antwortet, dass es beschriftete Säcke für Restmüll, Papiermüll, Glasmüll und einen gelben Sack gibt und es liegt in der Verantwortung der Sitzungsteilnehmer_innen, dies dann auch zu nutzen.

Allgemeine Dankesreden.

Nina Mathies überträgt die Sitzungsleitung an Sarah Rossmann.

Ende: 00:31 Uhr